

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Ort des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich am Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., Partien direkt durch die Expedition billiger. Einjahresabonnement nur bei der Post.

München, 26. Dezember 1896.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: München, Beckenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Arbeiterorganisation am Niederrhein und die Geminnisse. II. — Der achtstündige Norarbeitstag. (Schluß.) — Das Gesundheitsgesetz Theorie und Praxis. — Obligatorische Schergerichte. — Zum Hamburger Hafenarbeiterstreik. — Deutscher Metallarbeiter-Verband Bekanntmachung des Vorstandes. — Koponbenzen. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Korrespondenz aus Lin. — Literarisches.

Achtung!

Der Zuzug der Arbeiter aller Branchen in Hamburg ist wegen des Arbeiterstreiks strengstens fernzuhalten.

Freunde und Kollegen! Unterstützt die Ströme nach Kräften, damit sie ihren Sieg erringen!

Zur Vachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Sieberei-Beitern nach Berlin (Hartung) und nach München (Landes), nach Ingolingen in Baden und Stuttgart (E. Hühner); von Gelbgießern, Drehern und Säcklern nach Hamburg (Hed. Schöne); von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; von Arbeitern der Fahrradbranche nach Brandenburg a. S. (Lie & Bress) u. Frankfurt a. M. (Eyer); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- u. Apparatenbranche nach Frankfurt-Bodenheim (Gehr. Lisch); von Klempnern, Schloßarbeitern, Schloßern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach Lübeck; von Schlossern u. Drehern nach Halle. S. (Maschinenfabrik Krebs); von Feilenbauern nach Düsseldorf, Dresden (Nippe), Hottendorf i. S. (Sunt u. Sterkhoff); Billingen (Wegel) und Zwickau; von Formern, Schlossern und Drehern nach Pforzheim (Deutscher).

Die Metallarbeiterorganisation am Niederrhein und ihre Geminnisse. II.

Unseren ersten Artikel schlossen wir mit der Versicherung, auch noch speziell über die Propaganda der ultramontanen Geistlichkeit am Niederrhein und im Ruhrgebiet zu referieren, soweit dies in Betracht kommt für die gewerkschaftliche Organisation. Wir bemerken gleich, daß das, was wir nachfolgend sagen, nicht nur zutrifft für den Metallarbeiterverband, sondern die gewerkschaftliche Bewegung in unserem Industriegebiet überhaupt betrifft.

Das Bestreben der Kapläne, die Industriearbeiter hierorts im ultramontanen Sinne zu organisieren, ist gar nicht jungen Datums. Schon Mitte und Ende der vierziger Jahre fanden am Rhein (Düsseldorf,

Köln etc.) und an der Ruhr (Essen) große Versammlungen statt, in denen kampfbereite, katholische Gottesstreiter den Versuch machten, die Arbeiterchaft dem Kettler'schen Sozialismus geneigt zu machen. Wer sich für diese Phase der niederheinisch-westfälischen Arbeiterchaft interessiert — und das muß jeder gewerkschaftliche Agitator in unserem Bezirke unbedingt — dem empfehlen wir zum Studium: Labeleue, der Sozialismus der Gegenwart. In diesem Buche sind interessante Streiflichter geworfen auf die Thätigkeit des Domkapitulars Mousfang-Mainz und des Kaplans Laas-Essen, zwei besonders eifrige Propagandisten der allerdings modernisirten Kettler'schen Gesellschaftslehre. Wenn man dann die Jahrgänge der hiesigen damals (1860 bis 1872) erschienenen tonangebenden Blätter durchstöbert, dann ist man verwundert über den „Katholizismus“, mit dem die Kapläne in ihren Vereinen dem „gottlosen Kapital“ zu Leibe gingen. Aus will es bedünken, als wenn der „Kulturkampf“ von dem Vater der Milionäre, Bismarck, nicht zum wenigsten inauguriert worden sei, nur der kapitalfeindlichen Propaganda der ultramontanen Jügel anzulegen. Daß sich das Endresultat des Kulturkampfes anders gestaltete, wie es seitens der nationalliberalen Unternehmer gewünscht wurde, ist bekannt.

Die Kapläne konnten damals auch ruhig in „Sozialismus“ machen, war doch die sozialdemokratische Bewegung hier zu Lande noch nicht so erstarrt, daß zu befürchten war, eine zielklare Arbeiterchaft fordere von den „sozialistischen“ Kaplänen in Verfolg ihrer Agitation auch die praktische Anwendung ihrer Lehren in Staat und Gemeinde. Die wüthendste Bekämpfung des Kapitals, so mangelt es demselben auch war, blieb praktisch wirkungslos; man hüte sich sehr wohl, das zu halten, zu realisieren, was in vielen Reden und Leitartikeln verprochen wurde.

Die „Maigesetze“ wurden erlassen. Empört durch die Maßnahmen der Regierung schlossen sich die Katholiken Deutschlands fester denn je zusammen. In Rheinland-Westfalen zumal schlossen die katholischen Vereine aller möglichen und unmöglichen Bezeichnungen wie Pilze aus dem Boden. Jeder dieser Vereine, er möge nun genannt sein wie er wollte, war ein Mittel für die katholische Propaganda. So religiös auch der Aufruf, so reale ultramontane Politik wurde getrieben in den Knappen-, Arbeiter-, Vinzenz- u. Vereinen.

In unserem Industriegebiet kam noch ein wesentliches Moment hinzu, um die Werbekraft der Kapläne etc. bei den Arbeitern zu erhöhen. Die Maigesetze waren das Werk der „Liberalen“, die rheinisch-westfälischen Großindustriellen sind aber alle „liberal“ — man verzeihe uns die Verballhornung des Wortes — und da veranlaßte der Klerus sehr einfach und geschickt den Kampf gegen den antiklerikalen „Liberalismus“ mit volks-

wirtschaftlichen Fragen. In dem Unternehmer bekämpfte man dann nicht nur den Feind der katholischen Religion, sondern auch weniger religiös gestimmte Arbeiter kamen auf ihre Rechnung, indem man die Philippiken gegen den „Liberalen“ mit Kernworten gegen dessen Kapital, dessen Arbeiterausbeutung durchsetzte.

So nur konnte es kommen, daß heute ein dichtmaschiges Netz von allen möglichen katholischen Vereinen, geleitet und beherrscht von dem Klerus, sich über das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet erstreckt. Die Organisation der schwarzen Garde ist an einigen Orten ausgezeichnet. Da wird nicht viel Geräusch gemacht, Alles vollzieht sich in den eigenen oder gemieteten Vereinshäusern. In Städten wie Köln, Düsseldorf, Grefeld, Essen, Bochum etc. werden die Kapläne selten, z. B. anläßlich einer Wahl zum Geweregericht oder Ortskrankenkasse, ihre Anhänger in öffentliche Versammlungen aufrufen. Man schaut die öffentliche Diskussion, man weiß, wie wirkungsvoll gearbeitet werden kann in den zahlreichen Korporationen, in Kirche und Reichstuhle. Ja, auch dieser wird benützt, um Erfolge vorzubereiten. Die Frauen sind es besonders, denen man hier die „Bearbeitung“ ihrer Männer und Söhne an's Herz legt.

In den einzelnen Vereinen werden Vorträge gehalten „nationalökonomischen“ Inhalts. Daß man dabei in den Argumentationen noch hinter Adam Smith zurückgeht, kann die ungeschulte Zuhörerschaft nicht wissen. Nirgends ist eben die Spekulation auf die schlechte Schmiebung der Arbeiter größer, wie in den in Rede stehenden Vereinen. Bibliotheken und Diskutirabende richtet man ein, wo die „Nennmänner“ zurechtgeschuftet werden. Als einen solchen nennen wir nur den schon ziemlich be-rühmten Vorsitzenden des christlichen Gewervereins der Bergleute im Ruhrgebiet, Herrn Bruns-Altentessen. Dies ist so der Typus eines mit allerhand unverbauten „volks-wirtschaftlichen“ Zeug vollgepfropften Arbeiters, der bei jedesmaligem öffentlichen Auftreten eine klägliche Blamage erleidet.

Aber die Mißerfolge der Nennmännerarbeit und der Kapläne in öffentlichen Debatten werden paralysirt — wenigstens zum guten Theil — durch eine unglaublich lügenhafte Berichterstattung der hier außerordentlich stark pervertierten Presse. Diese liegt geradezu das Plans vom Himmel herunter. Und was noch echt christlich ist: Größere Denunzianten wie die katholischen Blätter im Ruhr- und Rheingebiet wird man kaum finden. Zahlreiche Arbeiter, die in gewerkschaftlichen Versammlungen nur einige Worte reden, verdanken ihre Maßregelung der frommen Presse, die polizeireifig den Unvorsichtigen mit vollem Namen und unter Angabe des Arbeitgebers veröffentlichte.

Dadurch, daß die katholische Presse jeden Gewerkschaftler einen „rothen Bruder“ nennt, in den katholischen Vereinen

aber die „rothen Brüder“ als hassenswerth, als Ausbunde aller Schlechtigkeit hingestellt werden, dadurch ist es auch erklärlich, daß sich der größte Theil der katholischen Arbeiter diesem Treiben ihrer Presse gegenüber zustimmend verhält. Der Fanatismus läßt hier den Muth nicht zu Wort kommen. Allerdings werden es immer mehr Arbeiter, die die freiwilligen Spitzelien der ultramontanen Presse durchschauen und aus Furcht vor solcher Christlichkeit zu uns kommen. Aber diese Abtrünnigen werden reichlich ersetzt durch die in unserem ersten Artikel gekennzeichnete Einwanderung der rückständigen Arbeiter in unser Gebiet.

Nichts ist einleuchtender, als daß die Oberschlesier, Westpreußen, Polen, Böhmen etc., Leute von äußerst niedrigem Bildungsgrad und dabei durchweg katholischer Konfession, sich recht schnell nach ihrer hiesigen Ansiedelung den katholischen Vereinen anschließen. Hier finden sie Anklänge an ihre Heimath — die religiösen Zeremonien — und bald sind sie bedingungslos dem Kaplan unterworfen. Wo es angeht, da gründet man polnische katholische Vereine, in denen polnisch redende Geistliche dominieren. Sogar ein polnisches Blatt („Wiarny Polak“) erscheint mitten im Lande der germanischen Westfalen, in Bochum. Wir dürfen wohl sagen, daß diese polnischen Vereine die Kerntruppen der katholischen Propaganda sind.

Daß in diesen Vereinen die nicht-katholischen Arbeiter wie Teufel in Menschengestalt geschildert werden und speziell ein Sozialdemokrat der Oberste der Teufel sein muß, versteht sich am Rande. Und da ein Mitglied einer Gewerkschaft gleichbedeutend ist — im ultramontanen Sinne — mit einem „rothen Bruder“, so kann man sich denken, wie nahe wir jenen polnischen Arbeitervereinen stehen. Wir kommen gar nicht oder nur selten in Berührung mit den polnischen und sonstigen fremdsprachigen Proletariern und da ist es schlechterdings schon unmöglich, Projekte zu machen. Man vergegenwärtige sich nun, was wir über die Stärke der fremdsprachigen Elemente im hiesigen Industriegebiet früher gesagt haben, und es liegt dann wohl Jedem die eminente Lähmung unserer gewerkschaftlichen Agitation klar zu Tage.

Was die Niederhaltung unserer Organisation durch den Zufluß völlig indifferenter Volkstheile anlangt, so trifft das am meisten zu im engeren Gebiete der Ruhr, während die Geminnisse des Verbandes durch die ultramontane Demagogie Geltung haben in ganz Rheinland-Westfalen. Wenn eine Stadt besonders benachtheiligt wird durch die jesuitische Taktik der Kapläne und ihre Presse, dann ist es Köln am Rhein. Im „heiligen Köln“ ist die Organisation der Ultramontanen geradezu ausgezeichnet.

Es kommt dann noch hinzu, daß es den Gewerkschaften nur an sehr wenig Orten des Industriegebietes möglich ist, Versammlungslokale zu erhalten. Kapital und Behörde weitefern darin,

den Staat zu retten und hilflos leidet darin Hand die Kapitalokratie. Wir kennen viele Orte mit Tausenden von Metallarbeitern, wo uns nicht ein einziger Saal zur Verfügung steht, im höchsten Falle ein kleines Gastzimmer. Von Rheinlands Metropole, Köln, ist die Lokalallianz seit Jahren bekannt, wenige Ortsvereine verfügen dort über günstig gelegene Lokalitäten. Daß auch hier die ultramontane Partei ihre Hand im Spiele hat, möge man daraus erkennen, daß uns in Vorbeck b. Essen ein Lokal zur Verfügung steht, wenn wir den Herrn Vikar Brauns — eine große Leuchte — darum angehen. „Wenn Herr Brauns und der Direktor der Maschinenfabrik nichts dagegen hat, bekommen Sie den Saal“, antwortete der Wirth bei unserer Anfrage. Also Vikar und Fabrikdirektor hüten die Gesellschaft, das sagt genug.

Wir fassen zusammen: Die lebhafteste katholische Propaganda, die in unzähligen Vereinen ihre Stützpunkte hat, eine Propaganda, die echt „modern“ geistliche Interessen mit wirtschaftlich-materialistischen Phrasen zu verbeden versteht, stemmt sich, potenziert durch fanatisches Vorurtheil und demagogische Lügenhaftigkeit unserem organisatorischen Wirken entgegen. Dies um so nachhaltiger, weil entsprechend der gewaltig entwickelten Großindustrie Rheinlands-Westfalens unser Gebiet der Sammelpunkt einer ungeheuren Masse gänzlich indifferenter Arbeiter bildet. Diese Masse ist nicht nur selbst schon ein Hemmnis für jeden Volksfortschritt, sondern ihr deprimirender Einfluß macht sich unheilvoll geltend auch auf die Kreise der einheimischen langansässigen Bevölkerung. Und da der Zustuß rückständiger Proletarier in unser Industriegebiet ein fortwährender ist, daher etwaige günstige Geschäftszüge — wie es augenblicklich der Fall ist — durch das riesige Ueberangebot an Arbeitskräften für die heimische Arbeiterschaft keine entsprechende Besserung ihrer Lage bringt, im Gegentheil die Wertlosigkeit des einzelnen Arbeiters für den Unternehmer noch augenfälliger macht, so fallen hierorts die sonst mit einer günstigen Geschäftslage verknüpften Vortheile für die gewerkschaftliche Bewegung fast ganz weg. Nimmt man noch hinzu die sattnam bekannte „Arbeiterfreundlichkeit“ der rheinisch-westfälischen Großunternehmer, dann ist unser Bild vollständig.

Ja, wird Mancher sagen, es gibt doch auch noch evangelische Arbeiter in eurem Gebiet. Ganz recht. Aber durch die katholische Propaganda erschreckt, hat die Unternehmerschaft hier zu Lande seit 1883 die evangelischen Arbeiter organisiert in „Evangelische Arbeitervereine“. Das Märchen — auch Paul Göhre hielt es uns auf in seinem Buch: Die evangelisch-soziale Bewegung —, die evangelischen Arbeitervereine seien aus der Arbeiterschaft spontan entstanden, glaubt bei uns kein denkender Mensch. Da hätte es nicht der letzten Wortstandswohl des evangelischen Arbeiterverbandes von Rheinlands-Westfalen bedürft, wo man einen Fabrikanten zum Leiter der „Arbeitervereine“ bestellte, um uns erkennen zu lassen, daß wir in den evangelischen Arbeitervereinen eine Schutztruppe der Unternehmer vor uns haben.

Wir selbst sind evangelisch und waren Mitglied eines Arbeitervereins, können daher aus eigener Anschauung mittheilen. Gälten wir die Wahl zwischen dem Beitritt zu einem katholischen oder evangelischen Arbeiterverein, dann — wenn man einmal beigetreten werden mußte — ließen wir uns doch lieber in einen katholischen Verein aufnehmen. Die Bauschlichterei vor einem Unternehmer oder dessen Beamten ist hier doch nicht so vertreten, wie in den Vereinen, die dem eigentlichen Arbeiter-M.-Glabbach Gefolgschaft leisten.

Die evangelischen Arbeitervereine sind denn auch herzlich unbedeutend, wenn es

sich darum handelt, in irgend einer Weise sozialpolitisch thätig zu sein. Die Mitglieder — so weit es Arbeiter sind — sind nicht „dressirt“, gehören vielmehr den Vereinen nur an, weil eben der Werkmeister oder Direktor der Fabrik es gern sieht. Wenn es angeht, dann drücken sich die arbeitenden Mitglieder von den Sektionen ihres Verbandes.

Tritt der evangelische Arbeiterverein eines Ortes bei Wahlen zum Gewerbegericht zc. in Erscheinung, dann in Gemeinschaft mit den katholischen Vereinen, deren Leiter dann auch immer die „Macher“ sind. Vielleicht kann dies als ein Beweis der trotz aller Schwierigkeiten doch fortschreitenden gewerkschaftlichen Bewegung in Rheinlands-Westfalen angesehen werden, daß die ursprünglich als Bremser der katholischen Arbeiterbewegung gegründeten evangelischen Vereine heute bei Gelegenheit einer sozialpolitischen Wahl zc. Hand in Hand gehen mit ihren Antipoden. Heute ist es die konsequente Arbeiterforderungen vertretende moderne Gewerkschaftsorganisation, die dem Unternehmer die pseudo-radikalen Phrasen der Kapitalokratie vergeßen läßt. Heute muß sich der sonst verhekte katholische Arbeiter mit dem evangelischen vereinigen, damit das Kapital vor dem Anbrängen der nichtkompromisselnden Arbeiter geschützt wird.

Allerdings, ist die Wahl zu irgend einer sozialpolitischen Einrichtung vorüber, dann setzt auch sofort wieder die konfessionelle Hege ein. Das gehört aber zum System der Volksverdummung und man muß sich nur wundern, wie sonst gar nicht so unintelligente Arbeiter auf den Schwindel immer wieder hereinfallen. Daß auch dem evangelischen Arbeiter sein sozialdemokratischer Kollege in den greulichsten Farben vorgeführt wird, dafür bürgt uns schon die Thatsache, daß die brutalsten Unternehmervlächer, z. B. die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die evangelischen Arbeitervereine unter ihren besonderen Schutz nehmen und ihre Maßnahmen beeinflussen.

Manches ließe sich noch sagen über unsere Metallarbeiterorganisation am Niederrhein und ihre Hemmnisse. Aber wir denken genug hineingelenkt zu haben in den Hergang, worin ultramontan-evangelisch-kapitalistischer Drei gekocht wird, um damit der hiesigen Arbeiterschaft das Gehirn zu verkleistern. Wir glauben auch nicht fehl zu gehen, wenn wir die von uns mitgetheilten Thatsachen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen als die Sadarsache unserer schlechten organisatorischen Fortschritte bezeichnen.

Nun wissen wir aber auch, daß mit der Zeit unser Streben von Erfolg gekrönt wird. Schon zeigten wir, daß die konfessionell getrennten Arbeiter gelegentlich sich uns gegenüber vereinigen müssen, um Erfolge zu haben. Ja, man hat schon — ebenfalls ein Werk der Ultramontanen — in dem „Gewerbeverein der christlichen Bergleute“ ein Gebild zu schaffen versucht, indem, unter Hintanhaltung der konfessionellen Verschiedenheiten, die Arbeiter gegen ihre eigenen Brüder geführt werden, um das Grubenkapital zu schützen. Daß dieser Versuch trotz aller Segenerklärungen ganz kläglich gescheitert ist, darf als Beweis dafür gelten, daß auch bei uns im „schwarzen Lande“ die Bäume der christlich-katholischen Arbeiterfreunde beschneiden werden, und das ganz gehörig. Langsam, aber sicher, geht es auch hier vorwärts.

Zum Schluß möchten wir nochmals daran erinnern, daß unser Gebiet mit dem Maße zu messen ist, welches man an einen gewerkschaftlich sehr rückständigen Landesheil anlegt. Unsere Agitation kostet Geld und da dürfte es Zeit sein, daran zu erinnern, daß unsere Verbandsleitung das niederrheinische Gebiet weit mehr wie bisher agitatorisch

bearbeiten lassen muß. Aber nicht durch Referenten, die aus anderen Gegenden hierherkommen, um im Fluge eine Agitationstour zu unternehmen. Das Geld hierfür ist unseres Erachtens nicht gut angelegt. Die Agitatoren müssen hier genau mit den Verhältnissen vertraut sein. Sie müssen — darauf legen wir besonderes Gewicht — die einschlägige sozialpolitische Literatur unserer ultramontanen Gegner kennen. Die Argumente eines Hike müssen einem Redner unseres Bezirks gerade so geläufig sein, wie die Karl Marx's. Die Einseitigkeit der Ausbildung unserer Agitatoren ist ein großer Uebelstand, dem sich aber leicht abhelfen läßt.

Unsere Agitation muß intensiv, energisch und ohne Rücksicht auf lokale Kosten betrieben werden. Wo die Arbeiterpresse schwach vertreten — und das ist leider in Rheinlands-Westfalen durchweg der Fall, da mache man die Versammlungen durch Flugblätter bekannt. Wir haben an unserem Orte damit in letzter Zeit gute Resultate erzielt.

Und dann — auch ein wunder Punkt — vermeide man bei Referaten das Herumreiten auf der Religion. Damit haben wir in der Gewerkschaft nichts zu thun und gerade für unsere Verhältnisse kann es nichts Schlimmeres geben, als eine demonstrativ antireligiöse Stellung der Gewerkschaften. Man kann gerade im Gegentheil an der Hand der religiösen Lehren die Antireligion der kirchlichen Vertreter ganz drastisch darlegen. Dies ist nicht nur erlaubt, sondern auch zu empfehlen.

Also, Kollegen am Niederrhein, nur nicht kopflos werden. Wir hoffen, gezeigt zu haben, wo die Wurzeln des Uebels liegen, jeder denke darüber nach und komme dann auf den bald stattfindenden Konferenzen der niederrheinischen Kollegen mit entsprechenden Vorschlägen. In kollegialischer Aussprache wird es dann möglich sein, alles Das nachzuholen, was wir hier mit Rücksicht auf den Raum unseres Organs nicht ausführen konnten.

Essen a. d. R. Otto Gude.

Der achtfündige Normalarbeitsstag.

(Schluß.)

u. Nachdem Dr. Kost in Bezug auf die bisherigen Erfahrungen mit der Arbeitszeitbeschränkung und den Achtstundentag zu günstigen Ergebnissen gelangt ist und solcherweise sein bürgerliches Gewissen salbirt hat, erörtert er im nächsten Kapitel die wirtschaftlichen Folgen des Achtstundentags in allen Industriezweigen und Staaten, von denen die Arbeiter, die Unternehmer und die Gesamtheit des Volkes getroffen würde. Dies ist der weitest gelungene Theil des Kost'schen Werkes, er beweist, daß die Stärke des Verfassers auf spekulativem Gebiete liegt. Er untersucht zunächst die Folgen des Achtstundentags für die Produktion des einzelnen Arbeiters, die je nach den Industriezweigen, der Natur der betr. Arbeiten, dem Bildungsgrade und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der bisherigen Länge der Arbeitszeit verschiedener sein. Daß er auch dem jeweilig herrschenden Lohnsystem einen bedeutenden Einfluß einräumt und dabei den Stücklohn rühmend hervorhebt, denselben sogar behufs Steigerung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters mit dem Prämien system verbunden wissen möchte, kann uns bei dem bürgerlich-kapitalistischen Standpunkte des Verfassers nicht wundern. Als Folgen für den Kapitalgewinn sieht Dr. Kost ein stetiges Zurückgehen des Kapitalzinsfußes voraus, auf den der Verlust des Unternehmers abgewälzt werde.

An dritter Stelle werden die Folgen

für die Löhne der Arbeiter behandelt, wobei der Autor die durch nichts bewiesene Behauptung aufstellt, daß es der Sozialdemokratie bei der Förderung des Achtstundentages um lohnpolitische Gründe zu thun sei. Diese Behauptung ist durchaus irrig, wie wir bereits darlegten, da der lohnpolitische Einfluß des Achtstundentages wohl eine Wirkung unter gewissen Umständen, nicht aber Voraussetzung für diese Reform unsererseits bildet. Wir stellen vielmehr gerade die schunpolitische Wirkung in die erste Linie und sehen um bereutwillen selbst von scheinbaren Lohnerhöhungen ab, wie sie das Stücklohnsystem mit sich bringt, um die sanitären Vorzüge voll zur Geltung zu bringen, und treten deshalb auch für den Normalarbeitsstag ein, obwohl in lohnpolitischer Hinsicht der Maximalarbeitsstag mindestens die gleiche, wenn nicht eine höhere Wirkung brächte. Uns ist der Achtstundentag keineswegs ein Mittel, höhere Löhne zu erringen, obwohl wir diese seine Wirkung auch nicht verschmähen (indef haben wir dafür weit bessere, weniger problematische Mittel), sondern ein Mittel zur Kräftigung der Arbeiterklasse für ihren gesellschaftlichen Klassenkampf.

Günstige Wirkungen für die Löhne der Arbeiter sieht Dr. Kost für die in kapitalkräftigen Betrieben Beschäftigten voraus, da diese Betriebe vollkommenerer Maschinen einführen und in Folge der Lohnerhöhung eine gesteigerte Produktivität erwarten, d. h. die Lohnerhöhung durch intensivere Ausbeutung weit machen könnten. Dagegen würden die leichteren Handarbeiter mit bisher langer Arbeitszeit wohl relative, aber nicht absolute Lohnvorteile haben, da ihre bedeutend verbesserte Lage einen größeren Andrang zu diesen Gewerben zur Folge haben würde. Im Ganzen würden den gelehrten Arbeitern die meisten Lohnvorteile, den ungelerten aber empfindliche Lohn-Nachtheile erwachsen. Diese Ausnahme bedarf bedeutender Einschränkungen: für uns gilt hinsichtlich der Arbeitslöhne die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung überhaupt als eine sehr untergeordnete; vielmehr wird es mehr als jemals auf die Organisation der Arbeiter ankommen, um gewisse Lohnstandards zu behaupten oder Lohnerhöhungen durchzusetzen. Berufe, in denen die weiblichen und jugendlichen, der Organisation schwer zugänglichen Kräfte konkurrieren, können allerdings bedeutend in's Hintertreffen geraten, wenigstens bez. der Männerlöhne. Das ist aber keine spezifische Wirkung des Achtstundentages, wenn auch der Anreiz unter diesem für die Unternehmer zur Einstellung hilfloser Kräfte ein höherer wird.

Daß aber auch ungelernete Arbeiter nicht immer die ungünstigsten Löhne haben und auf alle Kampferfolge verzichten müßten, das lehrt uns gerade der internationale Gasenarbeiterstreik mit genügender Deutlichkeit. Die Koalition ist dann eben die Hauptsache und für sie reklamieren wir den Haupterfolg der Arbeitszeitverkürzung. Sie wird auch etwaige Lohnreduktionen auszugleichen haben, welche die Unternehmer anlässlich der Arbeitszeitverkürzung eintreten lassen.

Für die Folgen des Achtstundentages hinsichtlich der Gesamtproduktion eines Landes kommt nach Kost's Ansicht in Betracht, ob sich der Ausfall der Arbeitszeit durch höhere Leistung des Arbeiters (rascheres Maschinenlaufen, peinlicheres Arbeitssystem zc.) weit machen ließe. Nicht immer jedoch ließe sich dadurch ein Produktionsrückgang vermeiden. Um diesem zu begegnen, könne der Arbeitgeber entweder mehr Arbeiter einstellen oder, falls er kapitalkräftig ist, die ausgefallene Arbeit durch vermehrte Maschinenarbeit ersetzen. Er werde in der Regel das Letztere thun und damit die Hoffnungen Derer enttäuschen, die vom

Achtstundentag eine Mäßigung von Arbeitslosen erwarteten. Im Mangel an Arbeitskräften, wie sich befürchtet, werde in keinem Staate treten: dafür bürgt die Größe des Uffes, den die Arbeitslosigkeit bisher gewonnen habe. Ueberhaupt sei für die Uffproduktion weniger die Frage nach der Zahl der Arbeitslosen maßgebend, vielmehr die Frage, ob der Kapitalgewinn in einem Lande zufolge der Arbeitszeitverkürzung unter den Punkt gekürzt, bei dem es dem Kapital nochtheilhaft erscheint oder nicht, im Uff zu bleiben.

Dies letztere ist anscheinlich für Dr. Kost der springende Punkt der ganzen Reform, denn er ist diese hochnotpeinliche Frage bei jeder Gelegenheit als gewichtigstes Bedenken jeden ernsthaften Arbeiterschutzes (die Wagtschale, um dadurch seine kapitalistische Rücksichtnahme recht augenfällig demonstrieren. Nun, wir können ihm rathen, daß der auch von anderen Volkswirten beliebte Schreckenschuß, das Kapital könnte aus dem Lande gehend auf sein edles Ausbeutungsgewerbe richten, uns nicht im mindesten erschreckend auch von den Unternehmern höchstmit jenem mittelbaren Lächeln erregt wird, wie man über den „schwarzen Mann“ der Kinderstube lächelt. Der Uffige Schluß mag für das flüchtige Uffkapital einige Berechtigung haben, und darnach auch den Erweiterungsansichten der Industrie einige Schwierigkeiten bereiten, aber so leicht geht das in Uff, in Unternehmungen angelegte Uffal nicht aus dem Lande, und gegen die Eröffnung eines anderstaatlichen Uffentparadieses ist die internationale Arbeiterbewegung der beste Schutz.

Wohin also so das Kapital sich wenden? Uebrigens bedarf es zur anderweitigen Stabilisierung der Industrie auch gewisser Vorbedingungen, wie günstiger Verkehrswege, gefester Arbeiter usw., deren Mangel bei uns dem Lande gehenden Kapital unermesslich Schwierigkeiten bereiten würde. Auch unsere Agrarier gehen ins Uff aus dem Lande, obwohl sie uns einer solchen Wirkung der Landwirtschaftsmisere höchlichst freuen würden. Vielmehr werden die Unternehmer ganz andere Mittel versuchen, ehe sie den Staub von den Füßen schütteln; sie werden nach Schutzzöllen, Liebesgaben und jüdischen kleinen und großen Mitteln sehen und die Sozialdemokratie wird sie noch oft genug gegen solche Unternehmerräuber wehren müssen.

Besondere Foklen hinsichtlich der Waarenpreise würden sich nach Kost's Meinung in arbeitsintensiven Erwerbszweigen mit Handarbeit und in Gewerbszweigen mit langer Arbeitszeit äußern, deren Unternehmer entweder bankrottieren oder die Aufgabe des nicht mehr lohnenden Zweigs veranlassen würden. Wenn sich das investierte Kapital aber nur schwierig zurückziehen ließe, so wäre eine Preisserhöhung der Waaren oft nicht möglich, besonders wenn sehr viel Kapital in dem betreffenden Unternehmen festgelegt ist.

Weiter untersucht Dr. Kost die Folgen für den internationalen Handel, für die Waarenkonsumtion und für die verschiedenen Betriebsformen. Was die Konjunktion betrifft, so würde sich vielleicht die einiger kleinerer Kapitalisten vermindern, kaum aber die der Großkapitalisten, und die der unteren Klassen sogar in Folge der ihnen gewährten größeren Mittel steigern. Namentlich würde sich der Konsum der kraftführenden Nahrungsmittel und der unentbehrlichen Industrieerzeugnisse heben und zu einer Ausdehnung der landwirtschaftlichen und Lebensmittelproduktion führen. Wenn aber die Industrie durch den Achtstundentag zu stark belastet würde, so träte der umgekehrte Fall ein: es würde namentlich der Konsum der ar-

beitenden Klassen abnehmen, dagegen der der Besitzenden keine nennenswerthe Einschränkung erfahren, da diese ihre Nebenlinien aus dem Auslande beziehen würden (!). Aus dem Ufflande vielleicht? Oder glaubt Dr. Kost wirklich, daß die Arbeiterklasse bei diesem Uffentparadies ruhig zusehen und verhungern würde? Die Spekulation führt den Verfasser manchmal in's Nebelhafte. Hinsichtlich des Uffflusses auf die verschiedenen Betriebsformen kommt der Autor zu der Folgerung, daß der handwerksmäßige und Kleinbetrieb durch den Achtstundentag in eine weit präzisere Lage gerathe und an den Rand des Bankrotts gedrängt würde. Dagegen stände die Entwicklung der Großindustrie auf Kosten der Kleinindustrie zu erwarten. In diesem Sinne können wir uns dem Verfasser anschließen, und da wir den Großbetrieb für einen Fortschritt erachten, so werden wir uns auch nicht durch Sentimentalitäten und Rücksichten auf das ohnehin dem Untergange geweihte Handwerk von der Forderung des Normalarbeitstages zurückhalten lassen. Wir können daher auch keine Ausnahmen für das Handwerk befürworten wie der bürgerliche Achtstundentagfabrikant Freese-Verlin, der für das Handwerk eine Stunde Mehrbewilligung fordert, wenn wir auch der festen Ueberzeugung sind, daß eine Stunde mehr Arbeitszeit den Unterschied zwischen Handwerk und Großindustrie nicht aufheben wird.

Schließlich erörtert Dr. Kost noch die Folgen des Achtstundentages für die Gesundheit und das Kulturniveau der Arbeiter. Er hält vom hygienischen Standpunkte aus die Einführung des Achtstundentags oder doch mindestens eine Kürzung der Arbeitszeit für wünschenswert und weist die Gesundheitschädlichkeit verschiedener Berufe mit statistischen Zahlen nach. Freilich würden die erwarteten günstigen Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung sich nur dann zeigen, wenn der Arbeiter das Uff an freier Zeit im „vernünftigen Sinne“ verwertete. Dr. Kost schlägt zu diesem Zwecke abwechselnde Thätigkeit, namentlich landwirtschaftliche und Gartenarbeit vor. Er befürchtet, daß Viele, denen es nicht möglich ist, sich landwirtschaftlicher Arbeit zu widmen, allerlei Nebenbeschäftigungen ansuchen und damit das berüchtigte Uffentparadies ausbreiten würden. Es müßte dann Aufgabe des Staates sein, derartigen Uffständen vorzubeugen und dafür Sorge zu tragen, daß der Achtstundentag in sanitärer Hinsicht günstig auf die Arbeiterschaft wirke.

Herr Dr. Kost macht sich über die Verwendung der Freizeit seitens der Arbeiter wirklich ganz unnötig Sorgen, er mag dies ruhig den Arbeitern selbst überlassen. Wenn er auch nicht so weit geht, wie sein Kollege Dr. Oldenberg, welcher vom Maximalarbeitstages eine richtige Decadence im Arbeiterstande erwartete, so lassen sich doch die Arbeiter in solchen Dingen ebensowenig Vorschriften machen, wie vielleicht die Doktoren und Professoren, die jede derartige Zumuthung über die würdige Ausfüllung ihrer Freizeit mit Entrüstung von sich weisen würden. Lasse man die Arbeiter also mit derartigen mehr oder minder gut gemeinten Vorschriften ungeschoren. Freese zeigt in diesem Punkt ein viel höheres Verständnis des Arbeiters, wenn er schreibt: „Er wird allmählich ebenso Gewohnheit an nützlichen Unterhaltungen und Beschäftigungen finden, wie wir Anderen, die auch nicht besser sind wie er.“

Hinsichtlich der kulturellen Folgen erwartet Dr. Kost vor Allem eine Gesundung des Familienlebens der Arbeiter; insofern der Achtstundentag eine Mehranstellung von Arbeitern bewirke, würde er die Noth weiter Bevölkerungskreise

mildern und eine Abnahme der Verbrechen bewirken, deren Ursache Uff und Verzweiflung sei. In „einzelnen Fällen“ würde der Arbeiter die freie Zeit auch dazu verwenden, seine eigene Bildung zu vertiefen und seine politischen Anschauungen zu klären (!). „Würde es erst so weit kommen, daß die Arbeiter die an sie herantretenden politischen Fragen selbständig zu beurtheilen lernten, dann wäre die Zeit der unbedingten Herrschaft (?) der radikalen Sozialdemokratie über die Arbeiterwelt vorbei.“ (!)

Dieser tendenziöse Ausfall gegen die von den bürgerlichen Parteien unabhängige Arbeiterbewegung kennzeichnet den Verfasser zur Genüge. Uebrigens wollen wir ihm verrathen, daß die Sozialdemokratie gerade auf den Achtstundentag große Hoffnungen hinsichtlich der Stärkung und Erfolge ihrer Bewegung setzt und denselben daher je eher, desto lieber verwirklicht sieht. Möge aber Dr. Kost immerhin in seinem Sinne für den Achtstundentag wirken; dem Erfolg können wir in aller Ruhe entgegensehen.

Im Weiteren untersucht Dr. Kost die Chancen für die Einführung des Achtstundentages in den einzelnen Ländern und Industriezweigen. Seine diesbezüglichen Erörterungen scheinen aber sehr subjektiver Natur zu sein, denn nach ihm sind die Vorbedingungen des Achtstundentags noch nirgends erfüllt, ja, man werde noch nicht einmal in allen Staaten zum 12stündigen Maximalarbeitstages übergehen können, so lange noch vereinzelt, wie in England und Indien, 13 bis 16 Stunden gearbeitet werde. Ja, wenn die Rücksicht auf die gegenwärtige, vom Unternehmertum diktierte Arbeitszeit für alle Zeiten maßgebend sein soll, welche Rolle weist dann Dr. Kost eigentlich noch der Gesetzgebung zu? Höchstens für Australien wäre nach seiner Meinung der Achtstundentag durchführbar, wo er schon seit Jahrzehnten besteht; für die Vereinigten Staaten von Nordamerika empfehle sich höchstens der Neunstundentag, für England nicht einmal der Zehn-, sondern höchstens der Uffstundentag und für Deutschland, nach dessen Fabrikinspektionsberichten noch 13—16stündige Arbeitszeiten vorkämen, sei eine kürzere, als die 12stündige Arbeitszeit nicht rathlich. Heiliger Neponum! Werden wir dann im 20. Jahrhundert den Achtstundentag überhaupt noch erhalten?

Das ist ein Pröbchen kathechrischer Reformerei, vor welcher die Arbeiter ein Grausen erfährt. Und das Alles wegen der leidigen Rücksichtnahme auf das Unternehmertum, die dem Verfasser bereits so in Fleisch und Blut übergegangen ist, das die Komik seiner Vorschläge gar nicht empfindet. Oder vielmehr ist es die Rücksicht auf die Kleinbetriebe, die ihn von jeder einschneidenden Reform zurückhält, denn einem Maximalarbeitstages für einzelne Industrien erweist er sich schon weit zugänglicher. Aber haben Oesterreich und die Schweiz nicht seit Jahren den Uffstundentag für alle Industrien? Was Dr. Kost also vorschlägt, steht noch hinter dem reaktionären Fort des Kleingewerbes, Oesterreich, zurück.

Und auch bezüglich der aus Hygienegründen vorgeschlagenen Industrien walteten stark subjektive Neigungen des Autors vor, denn er vergißt eine ganze Reihe von Berufen, in denen eine Arbeitszeitbeschränkung weit dringlicher wäre.

Fassen wir das Ergebnis dieses Kapitels zusammen, so kommt der Verfasser nicht über das Verlep'sche Reformprogramm hinaus, und wollte er in seinen Bedenken konsequent sein, so müßte er auch noch die Durchführbarkeit des Zwölfstundentags in den Bäckereien herabsetzen. Und das will ein Vertreter der Arbeiterschutzesreform sein? Da ist uns doch das Zentrum noch lieber, das

sich wenigstens klipp und klar für den Uffstundentag erklärt hat!

Bezüglich der Einführung des Achtstundentages entscheidet sich Kost für den Weg der Gesetzgebung, da freiwillig durch die Unternehmer selbst nichts, höchstens für die staatlichen Betriebe (?) etwas zu erwarten sei und da die Gewerkschaften nicht die Garantie böten, daß die Arbeitszeitverkürzung auch denjenigen Arbeitern zugute käme, die ihrer am dringendsten bedürften, den mangelhaft organisierten ungelerten Arbeitern. Er rechtfertigt das Recht des Staates, solche Fragen gesetzlich zu regeln und weist den Widerstand einzelner Arbeiterkategorien gegen den gesetzlichen Achtstundentag auf egoistische Motive zurück.

Zum Schluß behandelt er die Art der gesetzlichen Einführung, wobei er eine gelehrte Abhandlung über den in England entbrannten Streit zwischen der Trade-Option und der Trade-Exemption folgen läßt. So interessant diese Kontroverse für doktrinaire Gelehrte sein mag, die darin eine wahre Fundgrube sozialer Theorien erblicken, so wenig hat sich je die deutsche Arbeiterschaft mit diesem Streite befaßt. Dafür fordert diese die stufenweise Durchführung des Normalarbeitstages für alle Berufe und Industrien, beginnend mit dem Zehnstundentag und in vierjährigen Fristen mit dem Neun- und Achtstundentag folgend, so daß sich alle Unternehmer auf diese Reform einrichten und mit derselben abfinden können.

Aber von diesem bei der Berathung der Gewerbenovelle 1891 sozialdemokratisch ertheilten gemachten Vorschläge erwähnt Dr. Kost nicht das Geringste. War ihm derselbe mit seiner harten Mächtigkeit nicht „interessant“ oder diskutabel genug oder kannte er ihn gar nicht? Doch, er erwähnt ihn einleitend bei der deutschen Achtstundentagsbewegung, aber er vergißt ihn ganz, wo seine Würdigung am Platze war. Immer hübsch rund herum!

Trotz des bürgerlichen Standpunktes des Verfassers werden die Arbeiter das Buch nicht ohne Nutzen lesen, da es den Achtstundentag von den verschiedensten, bisher wenig diskutierten Seiten beleuchtet. Sie werden bei aller abweichenden Beurtheilung die ziemliche Objektivität des Verfassers anerkennen, und wir würden es nur mit Freuden begrüßen, wenn durch diese Spezialbehandlung einer der wichtigsten Arbeiterforderungen auch einer der sozialistischen Gelehrten und Praktiker zu einer umfassenden Behandlung des achtstündigen Normalarbeitstages vom Standpunkte des Klassenkampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus angeregt würde. Je mehr die Achtstundentagsbewegung zur brennenden Tagesfrage wird, desto notwendiger wäre ein solches Werk.

Das Gesundwerden.

Aus „Gleichheit“.

Die Meisten unter uns haben die Erfahrung gemacht, daß das Gesundwerden eine sehr schwierige und vor Allem eine sehr theuere Sache ist. Sie ist so theuer, daß die Wenigsten überhaupt an ein Gesundwerden denken können, die Mittel reichen für sie nicht einmal zum Gesundbleiben aus, obgleich sich das bedeutend billiger stellt. Es gibt daher sehr wenig Menschen, welche nach überstandener Krankheit wieder gesund werden.

Aber wieso? Ist das nicht ein Widerspruch? Wenn man die Krankheit überstanden hat, ist man doch auch wieder gesund?

Freilich, wenn die Krankheit wirklich überstanden ist; aber unter den heutigen Verhältnissen ist eine wirklich überstandene Krankheit eine sehr große Seltenheit. Die meisten Menschen überstehen keine Krankheit, sondern schleppen sich ge-

leben mit einer immer zunehmenden Last von Krankheitsresten, bis sie ihr schließlich erliegen. Sie sind in der Lage eines Verschuldeten, welcher niemals dahin gelangt, die alte Schuld völlig zu tilgen, sondern vielmehr stets neue dazu macht. Auch er endigt mit Bankrott.

Eine Krankheit überstehen heißt, seine frühere Gesundheit erlangen. Darunter ist nicht allein der Ablauf der Krankheit zu verstehen, sondern die Beseitigung aller Folgen und die Wiederherstellung der früheren Kraft. Ein glücklich überwundenes Fieber z. B. läßt den Kranken oft so schwach, daß er sich nicht vom Lager erheben kann. Die Krankheit ist vorbei, aber die Entkräftung ist noch nicht vorbei. Noch häufiger hinterläßt eine Krankheit einen geringeren Grad von Schwäche, den der Kranke durch den Willen überwinden kann, oder den er vielleicht gar nicht recht empfindet. Er wartet die Beseitigung dieser Schwäche nicht ab und geht als unvollständig geheilt an die Arbeit zurück.

Dieser Kranke hat demnach seine frühere Gesundheit nicht wieder erlangt, und in seiner Lage befinden sich die Meisten aus Noth und Unverstand. Denn die Allertwenigsten stellen sich vor, was eine Heilung wirklich bedeutet. Sie geben sich gleichsam damit zufrieden, den Feind aus der Stadt vertrieben zu haben und kimmern sich nicht weiter um die leeren Getreidelager und die Häuser, welche dem Einsturze nahe sind. Sie vergessen, daß sie erst dann ganz gesiegt haben, wenn die Stadt von Neuem wieder aufgebaut und verproviantirt ist. Dieser Wiederaufbau und diese Verproviantirung ist die zweite und gleich wichtige Hälfte jeder Heilung, und der menschliche Körper versteht sich auf das Vorzüglichste darauf. Läßt man ihm freie Hand, so wird er halb Herr der Situation. Er verlangt nur Zweierlei, Baumaterial und Zeit.

Hat er diese, so gibt es kaum eine Krankheit, deren Folgen er nicht vermag. Hat der Kranke nach Ablauf der Krankheit noch die nöthige Spanne Zeit auf Erholung und Kräftigung verwendet, so wird er nach vollständig beendeter Heilung im Besitze seiner früheren Gesundheit aus dem Kampfe hervorgehen.

Meistens aber geht es anders zu. Der Körper bekommt weder reichliches Baumaterial noch genügend Zeit. Das beschädigte Haus wird in aller Eile mit wenigen und schlechten Ziegelsteinen ausgebeßert. Es bleibt also hauffällig. In anderen Worten: der Kranke wird mit seiner Krankheit nicht fertig, weil es ihm an Nahrung und Zeit gebricht.

Nehmen wir einen einfachen Fall. Ein kräftiger Mann bricht das Bein. Er liegt acht Wochen zu Bett und steht dann mit sehr verwachsenem Knochen auf. Ist er jetzt wieder gesund? Was den Knochenbruch anbelangt, ja. Aber damit ist die Sache nicht erledigt. Eine zweimonatliche Bettruhe geht nicht ohne Folgen an einem bis dahin arbeitenden Menschen vorüber. Seine Muskeln sind geschwächt. Auch der Appetit hat durch die gezwungene Unthätigkeit gelitten. Er ist schlecht genährt. Er ist also nicht mehr der kräftige Mann von früher, sondern ein entkräfteter. Sein Beinbruch ist wieder heil, aber die Folgen des Beinbruchs machen sich jetzt im ganzen Körper fühlbar. Die Muskeln sind krank, die Ernährung liegt darnieder. Der Mann braucht wenigstens drei Monate unter ärztlicher Ueberwachung, um die Muskeln allmählich durch geeignete Uebungen wieder zu kräftigen und seinen früheren Ernährungsstand durch kräftige Kost wieder zu erreichen.

Diese drei Monate stehen ihm nicht zur Verfügung, ebensowenig wie die kräftige Kost. Er muß an die Arbeit zurück, lange ehe die Muskeln der Arbeit gewachsen sind. Und was die Kost anbe-

langt, so ist sie statt reichlicher noch knapper als vorher, denn die Krankheit hat viel gekostet.

Die Krankheit wird also nicht überstanden, obgleich der Mann als „geheilt entlassen“ im Spitalregister gebucht wird, und obgleich kein innerer Grund ihn verhindert hätte, seine frühere Gesundheit vollständig wieder zu erlangen. Dazu hätte nicht einmal viel gehört, nur noch einige Wochen Zeit und ein halb Pfund Fleisch am Tag, als Zusatz zur Kost. Aber für ihn ist Beides unerreichbar. Kein Krankenhaus kann ihn so lange aufnehmen, keine Krankenkasse ihn so lange unterstützen. Und eigene Mittel hat er keine. Statt die zweite Hälfte seiner Kur ebenso gewissenhaft durchzuführen wie die erste, geht er mit einem Knüttel zwischen den Beinen in Gestalt einer nicht überwundenen Entkräftung in's Alltagsleben wieder zurück.

Ein anderer Fall. Eine Arbeiterin erkrankt an Influenza. Ein Bischen Frösteln, etwas Fieber, Kopfschmerzen. In drei Tagen ist das Fieber vorbei, sie darf wieder aufstehen und thut es gern, denn die Arbeit brängt. Für die Angehörigen gilt sie nun als gesund, und es geht Alles wieder seinen gewohnten Gang, bis auf die Kraft, die nicht wiederkehren will, und die Nerven, die nichts mehr vertragen. Hätte die Frau Mittel gehabt, so hätte sie der Arzt vier Wochen auf's Land geschickt, sie vor jeder körperlichen und geistigen Ueberanstrengung gehütet und sorgfältig ernährt, denn er kennt nur zu gut die langwierige Nervenschwächung, die sich an die scheinbar unschuldigste Influenza anschließt, kann und sich nur durch geduldige Pflege und Schonung beseitigen läßt. Aber wozu ein unerreichbares Mittel verordnen? Auch hier also wird die Krankheit nicht überstanden, und die Frau arbeitet weiter unter der Last eines Krankheitsrestes, den sie nicht wieder ganz los wird.

Wir haben zwei verhältnißmäßig leichte Krankheitsfälle als Beispiele gewählt, bei denen eine unbedeutende Verlängerung der Kurzeit zu einer vollständigen Genesung genügt hätte. War nicht einmal hier die nöthige Kurdauer zu ermöglichen, wie viel weniger nach längeren und heftigeren Krankheiten, wie Sangesenitzündung, Unterleibstypus, Kindbettfieber, welche eine viel längere Nachpflege fordern. Selbst nach den schwersten Krankheiten kann man seine frühere Gesundheit wieder erlangen, aber nicht je von Hundert erlangen sie, weil sie keine Zeit und keine Mittel haben zum Gesundwerden.

In den eben besprochenen Fällen handelt es sich um Folgezustände. Die Krankheit selbst ist vorbei, aber die Befallenen tragen weiter an der zurückgebliebenen Entkräftung. In anderen Fällen ist es die Krankheit selbst, mit der die Kranken nicht fertig werden, weil sie nie Zeit hatten, sich richtig einer Kur zu unterwerfen. Das sind die chronischen Leiden, welche die Kranken Heils rüchdig belästigen, theils vorzeitig brechen, vor Allem die Augenschwäche. Auch diese ist heilbar, wenn man Zeit hat, aber die Meisten haben keine Zeit.

Keine Zeit zum Gesundwerden. Ja, aber was folgt daraus? Schwäche, Krankheit und Tod, wozu man die Zeit schon haben muß, man mag wollen oder nicht. Ist das nicht eine unglückliche Zeitverwendung? Um die wenigen Wochen oder Monate, die nöthig wären, die frühere Gesundheit wieder zu erlangen, für die Arbeit zu retten, gibt man viele Jahre in den Kauf, in denen nur noch halb gearbeitet, und viele, in denen gar nicht mehr gearbeitet werden kann. Es gehört ein sehr einfaches Rechenrempel dazu, um nachzuweisen, nach welchem Verfahren die größte Summe von Arbeit herauskommt, von Glück und Wohlbehagen gar nicht erst zu reden.

Die Wunden geben ihren Verwundeten

und Siechen den Gnadenstoß. Unsere Gesellschaft kennt ebensowenig Erbarmen. Sie bringt ihre Armen zwar nicht gleich nur, aber sie verbraucht sie schnell, noch bis zuletzt sie ausbentend, eine Frist zum Flicken wohl gewährend, aber keine Zeit zum Gesundwerden.

Eine Gesellschaft, welche ihren Mitgliebrn keine Zeit zum Gesundwerden läßt, hat sich selber gerichtet. Wir leben nicht mehr in den Zeitaltern, welche Massenopfer von Menschenleben und Menschenkraft zu ihrem Ausbau bedurften. Wir haben ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem die Gesellschaft jedem Einzelnen Rechnung tragen kann und dabei am Besten ihre eigene Rechnung finden wird. Es liegt nicht mehr in ihrem Interesse, die Leistungsfähigkeit der großen Menge um fünfzig Prozent zu erniedrigen und dies am Allertwenigsten wegen einiger kurzen Arbeitsunterbrechungen, welche sich zum Gesamtleben wie zwei zu hundert verhalten. Und weil die heutige Gesellschaft das neben so vielen Anderen ebenso Selbstverständliche nicht begreift, verfallt sie und macht einer neuen und vernünftigeren Gesellschaft Platz, welche Allen die Mittel zum Gesundbleiben, und wo es noth thut, auch die Zeit und Mittel zum Gesundwerden verschafft. Eine Kertin.

Die Reichs-Unfallversicherungs-Gesetze in Theorie und Praxis.

Wie es mit dem Reichsgesetz der Beruficherten bestellt ist, schreibt die „M. Post“, mögen die Entscheidungsgründe eines Urtheils des Schiedsgerichts der Sektion I der süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft vom 18. September d. Js., dessen Vorsitzender der Herr Oberregierungsrath Mand ist, darthun.

Der Berufungskläger, Former Johann Schürf in München, erlitt am 12. Juni v. J. dadurch einen Unfall, daß ihm die Karbel eines Krans eine schwere Verletzung an der Stirne beibrachte, wodurch eine schwere Gehirnerschütterung verursacht wurde, in deren Folge der Verletzte gänzlich arbeitsunfähig und periodisch unzurechnungsfähig, dauernd aber schwachsinig wurde. Mit Bescheid vom 8. November v. J. gewährte ihm die Genossenschaft die Vollrente vom 11. bis 31. Oktober. Vom 1. November ab jedoch nur 50 Procent der Vollrente mit M 27,70 per Monat. Der Frau des Schürf wurde gerathen, sich an den Reichstagsabgeordneten Birk zu wenden, der dann einen ihm bekannten, in Unfallsachen erfahrenen Mann ersuchte, sich des in seinem Rechte durch die Genossenschaft schwer Geschädigten anzunehmen. — Derselbe fertigte eine sehr ausführliche Berufungsschrift, in der er beantragte, ein oberärztliches Gutachten über den Seineszustand des Verletzten von Prof. Dr. Grasshey einzuholen, sowie auch einen höheren Arbeitsverdienst der Rentenberechnung zu Grunde zu legen.

Diese Berufung kam in der Schiedsgerichtssitzung vom 28. Februar zur Verhandlung, wobei das Gericht die Berufung und nochmalige Unteruchung des Berufungsklägers durch den vorgeschlagenen Sachverständigen beschloß. Das Gutachten dieses Experten lautete dahin, daß der Verletzte vollständig erwerbsunfähig sei, worauf die Genossenschaft den Bescheid vom 8. Nov. v. J. zurückzog, die Vollrente weiter gewährte und auch die Zugrundelegung eines höheren Arbeitsverdienstes für die Rentenberechnung, wie sie in dem Klagespitium der Berufungsschrift verlangt war, anerkannte. Zugleich aber verlangte die Genossenschaft von Schürf, er solle die Berufung zurückziehen, ohne ihn auch nur zu fragen, ob ihm durch Entlegung derselben Kosten erwachsen sind. Unserm 26. April cc. erklärte sich nun Schürf in der Hauptsache wohl befriedigt, seine Berufung halte er

jedoch aufrecht, weil der Kostenpunkt seine Erledigung nicht gefunden habe, und liquidirte für die Berufungsschrift und Portoauslagen M 6,50.

In der am 18. September d. J. vor dem Schiedsgerichte stattgefundenen Verhandlung beantragte die Genossenschaft Zurückweisung dieser Kostenforderung. Die Urtheilsmotive besagen nun, daß die Genossenschaft die Zahlung dieser Kosten mit Recht ablehne. Weiter besagen dieselben — und hier wollen wir wörtlich zitiren —: „Bei der Einfachheit der Sache — es kam in der Hauptsache nur der durch sachverständiges Gutachten festzustellende Grad der Invaldität in Frage, denn für die Bestimmung des Jahresarbeitsverdienstes waren die präzisen Bestimmungen des § 5 Abs. 3 und 4 des Unf.-Vers.-Ges. maßgebend, und deren Beachtung ohnehin vom Schiedsgericht zu prüfen — war die Beziehung eines Verstandes überhaupt nicht veranlaßt; die Berufung konnte eventuell bei der Gemeindebehörde zu Protokoll erklärt werden, wodurch dann keinerlei Kosten erwachsen wären. Es besteht aber um so weniger Anlaß, dem Kläger für die Anfertigung der Berufungsschrift den beanspruchten Betrag anzuerkennen, als die Berufung von einer Persönlichkeit gefertigt wurde, welche vom Schiedsgerichte als Vertreter zurückgewiesen werden konnte. Da es sich sonach nicht um nothwendige Kosten handelt, die im Interesse des Klägers aufgewendet werden mußten, und jede unnöthige Belastung der Berufsgenossenschaft thunlichst zu vermeiden ist, hat das Schiedsgericht den desfalligen Ersatzanspruch des Klägers, der im Uebrigen seine volle Befriedigung gefunden hat, abgewiesen.“

Wir nehmen an, daß, wenn nicht von sachkundiger Seite die Berufungsgründe des Ausführlchen wären erörtert worden, der Verletzte auch in der Hauptsache nicht zu seinem Rechte gekommen wäre. Ueber den Hinweis auf die Fertigung der Berufungsschrift durch die Gemeindebehörde wird Jeder lachen, der je eine solche Berufungsschrift gelesen hat. Was aber der Redakteur dieser Urtheilsmotive mit dem Sage will, daß die Berufungsschrift von einer Persönlichkeit gefertigt worden sei, die vom Schiedsgericht als Vertreter zurückgewiesen werden konnte, ist für den, der die einschlägige Bestimmung des Unfallversicherungsgesetzes kennt, geradezu unverständlich, da es sich hier gar nicht um eine Vertretung handelt und nach dem Gesetze es weder den Vorsitzenden, noch das Schiedsgericht etwas angeht, wer der Verfasser der Berufungsschrift ist. Es handelt sich hier auch gar nicht um den Verfasser der Berufungsschrift, die vom Berufungskläger unterzeichnet war, sondern um das durch das Gesetz dem Kläger gewährleistete Recht auf Erstattung der ihm durch die Reichsverfolgung erwachsenen Kosten. Die hier wahrscheinlich gemeinte Persönlichkeit ist übrigens noch von keinem Schiedsgerichtsvorsitzenden von der Vertretung eines Falles zurückgewiesen worden, selbst von dem Herrn Oberregierungsrath Mand nicht, da auch ein gesetzlicher Grund dazu gar nicht gegeben gewesen wäre, und sind wir der Meinung, daß diese Abweisung des Kostenersatzanspruches überhaupt unterblieben wäre, wenn wegen des Kostenpunktes allein der Rekurs zulässig sein würde. Jede Zeile dieser famosen Urtheilsbegründung zeigt, wie unangenehm es manchem der Berufsgenossenschaft und auch Schiedsgerichtsvorsitzenden ist, wenn der in seinem Rechte sich geschädigte fühlende Versicherte einen sachkundigen Beistand sucht, durch den sein Recht energisch vertreten und so mancher Mißstand in diesen Instituten aufgedeckt wird.

Obligatorische Schiedsgerichte.

Carmaux und Hamburg — diese beiden Pläze haben ihr Theil dazu beigetragen, die Arbeiterklasse über die wirtschaftliche Bedeutung der freiwilligen Schiedsgerichte und Einigungsämter bei Arbeitseinstellungen zu belehren.

Die Arbeiter haben mit Recht solche freiwillige Schiedsgerichte niemals prinzipiell verworfen. Desto öfter haben dies die Arbeitgeber gethan und haben dann in der ihnen ergebenden Presse regelmäßig den Arbeitern die Schuld daran zugewälzen versucht, daß eine Einigung nicht zu Stande gekommen ist.

Die zukünftigen Nationalökonomien wissen die freiwilligen Schiedsgerichte nicht genug zu rühmen und zu preisen. Herr Schönberg erklärt sie in seinem Handbuch der politischen Ökonomie für Einrichtungen von „größter sozialpolitischer Bedeutung“ und weist auf die Thätigkeit der boards of conciliation and arbitration (Vermittlungs- und Schiedsgerichtshöfe) in England hin.

Die Schiedsgerichte stammen allerdings aus England, wo sie von Mundella und Kettle ins Leben gerufen worden sind. Es sind das zwei verschiedene Systeme; Kettle will einen Unparteiischen bestellt wissen, der eventuell eine Entscheidung fällen kann; bei Mundella fällt der Unparteiische weg und wird der Vorsitzende aus der Mitte des Schiedsgerichtes gewählt. Brentano sagt, nach zwanzigjähriger Erfahrung habe man als die beste Einrichtung gefunden, wenn das Schiedsgericht aus einer gleichen Anzahl von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besteht und wenn ein außerhalb des Gewerbes stehender, von beiden Theilen als unparteiisch anerkannter Vorsitzender eingesetzt wird. Der Vorsitzende soll von den Mitgliedern des Einigungsamtes selbst gewählt werden.

Rechts- und Zweckmäßigkeitsgründe, sagt Schönberg, sprechen dafür, die Einigungsämter nicht obligatorisch zu machen, noch von Staats wegen zu organisiren, sondern sie als freiwillige Institute entstehen zu lassen. Aber der Staat kann die Entscheidung und Wirkksamkeit dieser für den sozialen Frieden unentbehrlichen Organe in hohem Grade befördern, wenn er, wie in England, gesetzlich die Bedingungen für rechtsverbindliche Ansprüche der Einigungsämter und deren Vollstreckbarkeit normirt.

Daß die Einigungsämter in vielen Fällen gut gewirkt und manchmal den Arbeitern in den Lohnkämpfen überviel Opfer erspart haben, soll von uns am Wenigsten verkannt werden. Aber wir halten die freiwilligen Einigungsämter für ein unzureichendes und schwaches Mittel. Wenn die kapitalistische Entwicklung einmal ihre Höhe erreicht hat, werden sie fast immer versagen.

Das hat man in Carmaux gesehen, wo ein einziger Großkapitalist, prozig und trotzig, das von der ganzen öffentlichen Meinung des Landes geforderte und von der Regierung angebotene Schiedsgericht einfach verworfen und offenbar nur aus dem einzigen Grunde, weil er einmal zeigen wollte, daß ihm seine Mittel auch in der bürgerlichen Republik so etwas erlaubten. Sie erlaubten es ihm in der That.

Die Hamburger Arbeiter dachten ganz ähnlich. Sie hielten sich für stark genug, ein Schiedsgericht zu krivieren und darnach haben sie es.

Und hier liegt der Fudels Kern. Die Unternehmer erkennen in allen Fällen ein freiwilliges Schiedsgericht nur dann an, wenn sich die Notwendigkeit dazu aus den Verhältnissen selbst ergibt.

Wenn einmal die Ringe und Kartelle in ihrer Ausdehnung den Umfang erreicht haben, der der Phantastie der einzelnen kapitalistischen Vorherrscher — glaubt man, daß diese mächtigsten Organisationsorgane der ganzen wirtschaftlichen Welt sich dann so leicht bezwungen werden, vor einem freiwilligen Schiedsgericht zu erscheinen, da muß es ihnen vorher etwas stark auf die Nägel brennen.

Die Arbeiter, obgleich sie alle Ursache haben, mißtrauisch zu sein, haben sich noch immer willig gezeigt, wenn ein Schiedsgericht vorgeeschlagen wurde. Sie haben dabei die bittersten Enttäuschungen erlebt, denn gerade bei großen und bedeutenden Streiks haben die Arbeitgeber sich schamlos den Schiedsgerichten unterworfen und nachher die Abmachungen nicht gehalten. Wir erinnern an den großen Vergarbeiterausstand in Rheinland und Westfalen und an den Ausstand der Konfektionsarbeiter in Berlin. Man kann sogar behaupten, daß jetzt bei sehr vielen Streiks die Arbeitgeber vornehmlich ihre Verschönerungen und Abmachungen nur mit der reservatio mentalis*) eingehen, sie bei der ersten Gelegenheit wieder zu brechen. Das ließe sich an einer Reihe von Beispielen nachweisen.

Die Arbeiter haben immer ihre Friedfertigkeit und Anspruchslosigkeit damit bewiesen, daß sie sich bereit erklärten, sich den Urtheilssprüchen der Schiedsgerichte zu unter-

werfen; prozige Ablehnung fand man nur bei den Unternehmern.

Unter solchen Umständen mußte eine volkshämliche und energische Sozialpolitik darauf bedacht sein, obligatorische Schiedsgerichte zu schaffen, die bei Lohnkämpfen, Ausständen und Ausschließungen zu entscheiden hätten. In der Art ihrer Zusammensetzung müßte die Bürgerschaft für ihre Unparteilichkeit vorhanden sein. Zugleich müßten sie auch die Macht besitzen, ihre Urtheilssprüche vollstrecken zu lassen.

Die bürgerlichen Ökonomen weisen, wie wir bei Schönberg gesehen, diesen Gedanken ängstlich von sich. Bisher, Brentano und Genel haben sich auch aus „Rechts- und Zweckmäßigkeitsgründen“ gegen obligatorische Schiedsgerichte ausgesprochen. Allerdings wissen wir längst, daß die Kapitalistenklasse als ihr „Recht“ betrachtet wissen will, was für sie „zweckmäßig“ ist und daß sie den Arbeitern keine Rechte zuerkennen will, die im mindesten ihren Profit verkürzen könnten.

Schon die Geweregerichte, die sich doch nur mit Angelegenheiten befassen, denen die herrschenden Klassen eine untergeordnete Bedeutung beilegen, sind den Arbeitgebern äußerst verhaßt, obgleich diese Gerichte in sehr vielen Punkten durchaus nicht so organisiert sind, wie es zeitgemäß wäre. In obligatorischen Schiedsgerichten für Ausstände und Aussperrungen würden die Arbeitgeber aber mindestens einen „Anspruch der sozialen Ordnung“ erblicken.

Würde wohl die bürgerliche Gesellschaft eine solche Einrichtung zu schaffen sich erlauben?

In gewisser Beziehung bedeuten obligatorische Schiedsgerichte und Einigungsämter in dem angeführten Sinn einen Kampf der Staatsgewalt gegen den Kapitalismus und bis sich der Klassenkampf dazu entschließt, wird es schwer halten. Unmöglich ist es ja nicht, daß sich einmal so eine Regierung findet. Aber wann und wo — darüber Vermuthungen anzustellen ist überflüssig.

Je mehr die Klassengegenstände sich zuspitzen, desto schwieriger wird auch alle Vermittlung.

Die ökonomischen Fragen werden immer mehr Machtfragen. Für die Kapitalisten hat es immer nur Machtfragen gegeben; für den Arbeiter ist der Klassenkampf Macht- und Rechtsfrage zugleich.

(Leipziger Volkszeitung.)

Zum Hamburger Hafnarbeiter-Streik

hat auch der Verein der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen in seiner am 10. Dezember d. J. in Berlin stattgefundenen Generalversammlung Erklärung genommen. Diese lustige Versammlung der brutalsten Unternehmerrunde nahm nach einem Placet des bekannten Herrn Duet, „Geschäftsführer“ des Vereins, folgende Resolution an:

„Die heute, den 10. Dezember 1896, in Berlin tagende Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller legt der in Hamburg ausgebrochenen Arbeitseinstellung der Hafnarbeiter insofern eine besondere Bedeutung bei, als die auf den Kampf gegen die Arbeitgeber gerichtete internationale Bestrebungen der Arbeitervereinigungen bei der Entstehung und während der Dauer dieses Ausstandes zum ersten Male thätig mitgewirkt haben. Die Generalversammlung erkennt die in diesem Umfange für den ruhigen Fortgang der wirtschaftlichen Thätigkeit und Entwicklung aller Nationen liegende Gefahr vollkommen und theilt mit den Arbeitgebern Hamburg-Altonas die Ueberzeugung, daß jeder selbst nur schwebere Erfolg der Arbeiter jene Gefahr in bedrohlicher Weise steigern würde. In weiterer Würdigung des Umstandes, daß die zu den beschuldigten Arbeitern gehörigen Ausständigen nicht aus Noth, sondern nur um eine Machtfrage auszutragen, die Arbeit niedergelegt und eine schwere Schädigung des Verkehrs in dem größten und bedeutendsten Hafenplaz Deutschlands herbeigeführt haben, spricht die Generalversammlung den befehligen Arbeitgebern Hamburgs und Altonas ihre vollste Anerkennung für ihr festes, einmüthiges Handeln in diesem schweren Kampfe aus und erkennt an, daß dieselben sich durch ihr zielbewusstes, opferwilliges Verhalten den angreifenden Arbeitern gegenüber nur die gewerbliche Thätigkeit des Vaterlandes in hohem Grade verdient machen.“

Zur Begründung dieser Resolution hat Herr Duet nach der „Eisenzeitung“ angeführt, daß von 84 Schauerleuten nur einer unter 2000 M., 65 dagegen 2500 M. und die übrigen (!!) 2732 M. reinen (!) Arbeitsverdienst im Jahre hatten. Andere Schmarbeiter haben nachweislich 11,50 M. täglich verdient. — Herr Duet hat jedenfalls gemeint, hinter den Hamburger Arbeitern mit ihrem Lohnkämpferwindel nicht zurückbleiben zu dürfen. Was es mit den „hohen“ Löhnen der Schmarbeiter für eine Bewandniß hat,

das ist inzwischen hinreichend angeklärt worden (s. v. Nr. d. Bl.).

Der „Vorwärts“ wirt zu obiger Resolution die Frage auf: Was bezwecken nun die Herren Metall- und Eisenindustriellen praktisch mit ihrem Beschluß? Das Blatt „Berliner Neuesten Nachrichten“ gibt dafür einen gewissen Anhalt, indem es schreibt: „Es ist eine Ehrenpflicht der Hamburger Arbeitgeber, dem Ausstande den äußersten Widerstand entgegenzusetzen, mag auch kommen, was da wolle. Auf die moralische Unterstützung von ganz Deutschland werden sie mit Bestimmtheit rechnen dürfen. Aber wir meinen, daß es bei dieser allein nicht sein Bewenden haben darf, da die Sache, die sie vertreten, der ganzen Industrie und dem gesammten übrigen Handel gemeinsam ist, und daß aus diesem Grunde auch materielle Hilfe insofern nicht gelohnt werden sollte, als es durch Vermeidung von unnötigen Reklamationen und prozessualischen Weiterungen geschehen kann; auch die übrige Geschäftswelt muß auf diese Weise zeigen, daß sie sich mit den Hamburgern solidarisch fühlt, und wäre dies gleich auch ihrerseits nur unter Darbringung von Opfern möglich.“

Die Geschäftswelt wird sich hüten, selber finanzielle Opfer zu bringen, damit die Hamburger Millionäre ihre Arbeiter aushungern können. Nur bei den abhängigen oder ganz und gar verbotenen Elementen wird der Appell an die Geschäftswelt Erfolg haben. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Metallindustriellen den weniger günstig stellten unter den Hamburgern mit Geldmitteln unter die Arme greifen, damit diese den Kampf mit den Arbeitern nicht aus Scheu vor den Verlusten aufgeben. Die Herren Metallindustriellen gewinnen hiermit auch den Vortheil einer Rückversicherung für die Zeit, wo sie ihre organisierten Arbeiter zu Paaren treiben wollen.

Interessant ist nun, daß die „Eisenzeitung“ mit der Resolution nicht einverstanden ist; nicht etwa, weil sie den Hafnarbeiterstreik für berechtigt hält, sie meint vielmehr: „Eine solche Resolution zu fassen, war taktisch ein Fehler, da sie zur Beilegung des Hamburger Streiks nicht das Mindeste beiträgt, wohl aber geeignet ist, böses Blut zu machen und den der Industrie ungünstig gestimmten Elementen Gelegenheit gibt, auf die bösen Unternehmer zu schimpfen. Die Solidarität gewinnt nicht durch Worte und Resolutionen, sondern durch Thaten.“

Schade, daß sich die „Eisenzeitung“ nicht näher darüber äußert, was sie unter „Thaten“ versteht; allein wir glauben ihren Gedankengang zu errathen: Die Arbeiter sollen möglichst bergewaltigt, ihre Organisationen zerstört werden! Thätig sind die Herren Metallindustriellen ja auch fortgesetzt in dieser Richtung thätig, namentlich ist es die Berliner Gruppe des Metallindustriellenverbandes, welche eine rege Thätigkeit entwickelt. Erst vor einigen Tagen versandte die Vertrauenskommission der Vereinigung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten an die Unternehmer ihrer Branche das folgende als „Vertraulich“ bezeichnete Schreiben: „Sehr geehrter Herr! Wie Sie aus den Tagesblättern ersehen haben werden, wird von Seiten der berufsmäßigen Agitatoren wiederum beabsichtigt, in nächster Zeit durch allgemeine Arbeitseinstellung sowohl die Arbeitgeber als auch die besonnenen Arbeitnehmer in ihrem Erwerb zu schädigen. Auf unsere Industrie ist es zunächst abgesehen. Es ist daher eine unbedingte Nothwendigkeit, daß die Fabrikanten der einzelnen Branchen sich zu gegenseitiger Schutz eng aneinander schließen. Sowohl im Kolbuser Tuchmachereistreib, als auch hier vor wenigen Wochen bei Gelegenheit des Lithographenstreiks hat es sich gezeigt, daß nur durch das zielbewusste Zusammenhalten der Arbeitgeber in geschlossenen Verbänden der einzelne Fabrikant gegen die ihm drohende Gefahr der endlosen Schädigungen geschützt werden konnte. — Durchdrungen von der Nothwendigkeit, auch für unsere Industrie einen festen Zusammenhalt zu schaffen, hat sich, wie wir bereits durch Zirkular mittheilten, am 3. Oktober cr. die Vereinigung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten gebildet, welche heute schon 130 Mitglieder, die über 8000 Arbeiter beschäftigen, umfaßt. Wir richten daher wiederholt das dringende Ersuchen an Sie, sowohl im Allgemeinen als auch in Ihrem Interesse, unserer Vereinigung sich als Mitglied anzuschließen.“

Das neue Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Januar und bitten wir Sie, bei unserer Geschäftsstelle, Alexandrinenstr. 38, schon jetzt Ihren Beitritt anzumelden und dort oder bei einem der Unterzeichneten die Bedingungen und Satzungen zu verlangen. Hochachtungsvoll Vereintigung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten, Die Vertrauens-Kommission. H. Hegewaldt, Vorsitzender.

Dieser Zusammenschluß der Unternehmer ist ein deutlicher Fingerzeig für die Arbeiter der Metallindustrie, unabhängig für den Aus-

bau der Gewerkschaftsorganisation zu wirken, um gegen Angriffe von Seite der Unternehmer jederzeit gerüstet zu sein.

Der Hafnarbeiter - Streik in Hamburg-Altona

bauert fort! Von den Ausständigen war in einer am 12. Dezember abgehaltenen Versammlung beschlossen worden, den Hamburger Senat zu bitten, noch einmal einen Vermittlungsvorschlag zu machen. Die Antwort des Senats ist bezeichnend genug, sie lautet:

„Der Senat hat bei dem gegenwärtigen Ausstande der Hafnarbeiter wie bei früheren Lohnkämpfen den Standpunkt eingenommen, daß Meinungsverschiedenheiten dieser Art lediglich zwischen den streikenden Parteien ausgeglichen werden müssen. Nachdem nunmehr aber der Senat von Seiten der Arbeitnehmer angerufen worden ist, auf eine Weendigung des Ausstandes hinzuwirken, will der Senat sich diesem Ansuchen nicht entziehen.“

Der Senat ist der Ansicht, daß der Ausstand hätte vermieden werden können, wenn nicht das Vorgehen der Arbeitnehmer eine ruhige Erörterung der von ihnen erhobenen Forderungen und Beschwerden unmöglich gemacht haben würde. Der Senat erachtet es deshalb als die Pflicht der Ausständigen, zunächst die Arbeit, soweit es unter den veränderten Verhältnissen noch ausführbar ist, ohne Verzug wieder aufzunehmen, so daß der Ausstand als beendet anzusehen ist. Nachdem dies geschehen ist, wird der Senat veranlassen, daß unter Vorname der erforderlichen Vermittlungen eine eingehende Prüfung der Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Hafnarbeiter und verwandten Gewerke stattfindet, um sodann eine Beseitigung etwa sich ergebender Mißstände in gemeinschaftlichen Verhandlungen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern in die Wege zu leiten.“

Die Erbitterung der Streikenden über diese Antwort des Senats, welche eine direkte Parteinahme für die Unternehmer darstellt, ist groß. Sie erhebt am besten aus den Beschlüssen, welche in den fünf am 19. Dezember abgehaltenen Versammlungen gefaßt wurden. Es wird darüber berichtet:

Die Abgeordneten Frohne, Molkenbuhr, Regien und v. Elm sowie Genosse Lorenz empfahlen den Ausständigen, den Vorschlag des Senats anzunehmen. Nach mehrstündiger Debatte wurde jedoch (die Abstimmung erfolgte per Stimuzettel) mit 7265 gegen 3671 Stimmen beschlossen, den Vorschlag zu verwerfen. Der Streik dauert in Folge dessen fort.

Verbands-Kollegen!

Vergesst die Arbeitslosen-Statistik nicht!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir machen die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember auch das Geschäftsjahr des Verbandes schließt. Wir ersuchen daher, alle Verbandsgelder, welche noch für dieses Jahr verrechnet werden sollen, so zeitig abzusenden, daß sie spätestens am 31. Dezember in Händen des Hauptkassiers sind und von diesem noch für dies Jahr verrechnet werden können.

Ebenso ersuchen wir, um unsererseits die spezifizierte Jahresabrechnung möglichst bald zusammenstellen zu können, die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten, ihre Abrechnungen vom 4. Quartal sofort nach Quartalschluß fertig zu stellen und uns bis spätestens zum 15. Januar 1897 anzuhändigen. Gegen Verwaltungen und Bevollmächtigte, die dieser Aufforderung nicht pünktlich nachkommen, wird unmissverständlich mit Revision der Geschäftsführung vorgegangen werden.

Sodann beabsichtigen wir in diesem Jahre festzustellen, wie hoch sich die Mitgliederzahl in den einzelnen Berufen stellt und liegt es auch hier im Interesse der Genauigkeit unserer Aufstellungen, wenn jedes Verwaltungsmittelglied dafür sorgt, daß die von uns ihnen im Laufe dieser Woche zugestellten Fragebogen umgehend ausgefüllt und eingeleitet werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 13635 des Maschinenbauers Heinrich Freilicher, geb. zu Kiel am 3. Jan. 1853.
136627 des Gelbäckers Wilhelm Böden, geb. zu Witten am 30. Juni 1850.

Alle für den Verband bestimmten Geld-
sendungen sind nur an

**Theodor Werner, Stuttgart,
Neckarstraße 160, 1.**

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt
genau zu bemerken, wofür das Geld ver-
einmahnt ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Der Schlosser Andreas Mäker,
geb. zu Graz am 23. August 1870, ehemals
Mitglied des Verbandes der Eisen- und
Metallarbeiter Österreichs auf B. Nr. 3978,
wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Ver-
waltungen und Mitglieder, denen diese Adresse
bekannt ist, wollen dieselbe nach hier mit-
theilen.

Der Schlosser Konstantin Buschart
von Württemberg (Stuttgart) wird ersucht,
seine jetzige Adresse mitzutheilen.

Korrespondenzen.

Formier.

Leipzig. In einer am 13. Dezember,
Vormittags, im „Coburger Hof“ abgehaltenen
öffentlichen Formier-Versammlung referierte
Genosse Grenz über das Thema: Wie or-
ganisieren wir uns? Im Eingang seiner
Rede hat es der Referent für geboten, zu-
nächst die Stellung, die er bisher einge-
nommen, bekannt zu geben, seine persön-
lichen Verhältnisse zur Bewegung im Allge-
meinen zu schildern. Insbesondere hebt er
heraus, daß er persönlich keine Propaganda
für irgend einen der Verbände (Richtungen)
im Formiergewerbe, für die Organisationen
habe machen wollen. (Mit solchen Klauen
sollte man Arbeiter doch nicht auf-
warten. Red.) Er erkenne alle Organi-
sationen, wenn dieselben für die Arbeiter
wirtschaftlich von Vorteil seien, strikter
Begner sei er von Konsumvereinen und
Produktionsgenossenschaften, die durch Arbeiter
errichtet seien. Durch diese würde erzielt,
daß ein großer Teil der Arbeiter von der
gewerkschaftlichen Bewegung ferngehalten
werde; auch werde der Lohn der Arbeiter
in Folge der, durch den in den Konsum-
vereinen üblichen, den Mitgliedern zugute
kommenden Dividenden u. dergl. zu hoch
sein, von Seiten der Unternehmer gedrückt.
Ein großer Teil der Arbeiter sei aber dazu
verurteilt, auf Grund ihrer wirtschaftlichen
Verhältnisse die Konsumvereine zu meiden,
weil sie daselbst nichts geborgt erhalten
können. Was die Organisation der Formier
anbelangt, sei er der Ansicht, daß dies über-
haupt Sache der Formier sei, wie sie sich
organisieren wollen, er sowohl wie auch breite
Personen thäten besser, sich hierin nicht zu
mischen. (Es ist dann nur ein Wunder,
daß Grenz in Formierversammlungen als
Redner auftritt und über das obige Thema
spricht! Red.) Aus der Vergangenheit und
der bisherigen Entwicklung müßten die
Formier eine Lehre ziehen und dadurch eine
Besserung zu erzielen suchen. In längerer
Rede verbreitet sich Johann Grenz über die
Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft,
über die Entwicklung der Großindustrie im
Deutschland, sowie über die politische Be-
wegung der Arbeiter. Die politische Be-
wegung in Deutschland habe auf Grund
des gegebenen Sachverhalts große bedeutende
Fortschritte gemacht, während die gewerkschaftliche
Bewegung zurückgeblieben sei. Den Vorwurf der Vernachlässigung der Ge-
werkschaftsbewegung, der oft gegen die po-
litisch organisierten Arbeiter gebraucht wurde,
könne er nicht theilen. Seine Ansicht sei,
es möge Jeder dort in die Organisationen
gehen, wo er sich wohl fühlt. Sodann ver-
breitet er sich über die frühere Sozialorgani-
sation der Formier, die Auflösung derselben,
sowie über die Gründung der Metallarbeiter-
organisation, und den später erfolgten An-
schluß der Formier an den Metallarbeiter-
Verband. Er habe damals für's Nichtigste
gehalten, die Berufsorganisation hoch zu
halten. Auch die Metallarbeiterorganisation
sei nicht im Stande, trotz ihrer bedeutenden
Mitgliederzahl, bei größeren Kämpfen auszu-
halten. Wenn man ein großes Ganzes
wolle unter den Metallarbeitern, müßten
auch die Arbeiter mit herangezogen werden.
Seit er (Grenz) aus dem Beruf der Formier
heraus sei, habe er beiderlei Organisationen
gemieden, und nur neuerdings sich der Markt-
helferorganisation angeschlossen. Als Kor-
referent erhält hierzu Genosse Schwamm
das Wort. Derselbe verbreitet sich in
längerer Rede über die Zusammenhänge von
Grenz gemachten Ausführungen und wider-
legt denselben. Er erinnert den Referenten
daran, daß er selbst früher im Leipziger
Metallarbeiter-Verein für die allgemeine
Metallarbeiterorganisation eingetreten sei;
weiter betont er, das gerade die Streitfrage
zwischen Metallarbeiterorganisation und
Formierorganisation durch Schwarz und
Grenz und deren Anhänger vom Frank-

furter Kongress fortgetragen worden sei.
Leblich der Einfluß dieser Personen und
daß von ihnen mit Mühen herangegebene
Flugblatt seien die Urheber des Zentral-
vereins der Formier gewesen. Die „Metall-
arbeiter-Zeitung“ müsse er in Schutz nehmen,
indem dieselbe nur lediglich im Interesse
ihrer Organisation und nach den gefassten
Beschlüssen gehandelt hat. Ehrgeiz sei unter
einem Teil der Formier vorhanden, das sei
nicht abzuleugnen. Ein Fehler von Grenz
sei es, sich von seiner Organisation, der er
früher angehört hat, zurückzuziehen. Auf
die eigentliche Hauptfrage sei Grenz nicht
eingegangen. Wichtig sei bei der Organi-
sationsfrage, die Kräfte zusammenzuschließen
und nicht durch Sonderorganisationen zu
zerstückeln. Neben betont zum Schluß
seiner Ausführungen, daß es ein Verbrechen
sei, wenn von Seiten der Formier-Zentral-
Vereins an Orten für denselben agitiert
wird, wo sich die Formier bei Gründung des
Metallarbeiter-Verbandes diesem angeschlossen
haben. Von den folgenden Rednern trat
verschiedene für den Metallarbeiter-Verband,
andere für den Zentralverein der Formier,
und auch welche für lokale Organisation ein.
Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, da die
Versammlung in Folge der vorgeschrittenen Zeit
Nachmittags 3 Uhr vertagt wurde.

Hürnberg. Am 13. Dezember hielt die
Sektion der Formier des D. M. V. ihre
regelmäßige Mitgliederversammlung mit Neu-
wahl der Ortsverwaltung im Gasthaus zum
„Wilden Mann“ ab. Gewählt wurden: als
1. Bevollmächtigter Wilhelm Brellschütz, als
2. Bevollmächtigter Adolf Strick-Mag, als
Kassier Ernst Gannert, als Revisoren:
Jakob Eppelstein, Bachmann und Niets, als
Bibliothekar: Albus. — Die bereits von
der Verwaltung abgeschickten 120 M für die
streikenden Hafenarbeiter in Hamburg wurden
genehmigt. Weiter wurde beschlossen: Von
den alle Woche pro Mitglied eingehenden
3 M noch 30 M an die streikenden Gewerkschafts-
arbeiter in Lübeck direkt, sowie 20 M zur
Weihnachts-Unterstützung der Streikenden
Lübeck an den Hauptvorstand des D. M. V.
in Stuttgart abzusenden. Ebenfalls soll in
den nächsten Monaten ein Familienabend
abgehalten werden, dessen Uebertrag zu
Zweckszwecken verwandt werden soll.
Das Nähere hierüber ist in der nächsten
Mitgliederversammlung zu bestimmen. —
Noch wird bekannt gegeben, daß die nächste
Mitgliederversammlung sich lediglich mit den
Anträgen zur dritten Generalversammlung
zu befassen haben wird, deshalb ist es un-
bedingt notwendig, dafür zu sorgen, daß
dieselbe auch zahlreich besucht ist. Nach Er-
lebung der verschiedenen Angelegenheiten wurde
die noch länger Zeit noch einmal ein-
gemäßen gut besuchte Versammlung geschlossen.

Selbigeier und Gürtler.

Hamburg. D. M. V. Versammlung
der Sektion aller in Selbstgeierei, Gürt-
lerei und Metalldreherei beschäftigten
Arbeiter Hamburgs am 2. Dezember bei
Wm. von Salzen. Zunächst wurde über den
Streik der Hafenarbeiter und Elemente in
Hamburg diskutiert. Dann erfolgte durch
Alex Bericht vom Kartell. In die Ortsver-
waltung wurden gewählt: Schulz als 1.
Adlermann als 2. Bevollmächtigter; Frick
als 1. Thomsen als 2. Kassier; zu Revi-
soren Jürgens, Schwabedal und Lemke.
Ersterer als Schriftführer. Zu Kartelldele-
gaten Schwabedal und Lemke. Pohn wurde
einstimmig zum Bibliothekar wiedergewählt.
Alsdann gibt Schwabedal den Bericht von
der kombinierten Vorstandssitzung und theilt
mit, daß die Schloßer Hamburgs eine all-
gemeine Verwaltungsstelle des Deutschen
Metallarbeiter-Verbandes in St. Georg ge-
gründet haben. In der Debatte sprachen sich
Harnack, Lemke, Adlermann, Schulz und
Alex gegen die Gründung der Verwaltungsstelle
aus. Durch die ewige Gründung von
Sektionen würde eine Zerstückelung unter
den Kollegen herbeigeführt. Die Beiträge
könnten durch Bezirksstellen einkassiert
werden, oder sonst wäreln Jahressellen ein-
gerichtet werden nur zur Annahme von Bei-
trägen. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde
der Bericht von der letzten Bezirks-Dele-
gationssitzung bis zur nächsten Versammlung
verlegt. Beschlüsse wurden noch, am 27. März
1897 in Meit's Gesellschafts-garten ein-
genommen abgehoben. Schwabedal fordert noch-
mals diejenigen Kollegen auf, welche Sammeln
für die Angelegenheiten von Fried Schöner
in Händen haben, diese schnellig abzu-
liefern, weil die Abrechnung fertiggestellt
werden muß.

Alteppner.

Coln a. Rh. In der am 16. Dezember
stattgefundenen Generalversammlung der
Sektion der Alteppner a. wurde die alte
Ortsverwaltung per Affirmation wieder ge-
wählt und zwar: Wilhelm Müller, Nippes,
Hauptstraße 64, zum Bevollmächtigten;
Carl Ströppel, Kleiner Spitz 16a, zum Kas-
sier; zu Revisoren: Wilhelm Heer, Wil-
helm Wingenheimer und Adolf Dard. —
Die Kollegen werden ersucht, noch vor Jahres-

schluß die rückständigen Beiträge zu be-
gleiten.

Hamburg. Sektion der Alteppner.
Extra-Mitgliederversammlung am 10. Dez.
Nach Genehmigung des Protokolls hielt Ge-
nosse Müller einen vorzüglichen Vortrag
über die Entstehung und die Folgen des
Hafenarbeiterstreiks. Hieran wurden Böring
und Pöpel als Bibliothekare und Sopiaki,
Hinsdorf, Müller und Wurmeister als Ar-
beitsnachweis-Kontrollenre gewählt. Dann
wurde noch beschlossen, daß jeder arbeitslose
Kollege, welcher mindestens 8 Tage außer
Arbeit ist, als Weihnachtsunterstützung 1 M
erhält. — In der Extramitgliederversammlung
am 15. Dezember erstattete Köpke einen kurzen
Bericht über die augenblickliche Lage der
Hafenarbeiter. Hieran wurde von mehreren
Rednern darauf hingewiesen, daß die Kollegen
ihre Extrastener pünktlicher entrichten sollten,
da es doch eine Schande sei, wenn ein solcher
Streik wegen Mangel an Geld hinaufgeführt
würde. Dann wurde noch beschlossen, die
Versammlung in der Weihnachtswoche aus-
fallen zu lassen.

Metall-Arbeiter.

Zugsburg. In der am 5. Dezember
stattgefundenen Generalversammlung wurden
in die Verwaltung gewählt: Karl Auf als
Bevollm., Joh. Köhler als Kassier, Georg
Burgmayer als Schriftführer, Engelmann
und Gottfried als Revisoren. Der Delegierte
des Gewerkschafts-Kartells erstattete Bericht,
wobei er den Antrag stellte, daß ihm die
Kompetenz erteilt wird, bei eventuellen
Streiks einen Aufschuß von der Filiale der
Metallarbeiter bis zu 10 M zu fordern be-
hufs schneller Unterstützung. Dieser Antrag
wurde genehmigt. Unter „Verschiebenem“
wurde auf die Weihnachtsunterstützung auf-
merksam gemacht. Die Mitglieder werden
ersucht, zur Unterstützung beizutreten
und für zahlreicheren Besuch zu sorgen.

Cheunitz. Der in Nr. 49 der „Metall-
arbeiter-Zeitung“ enthaltene Agitationsbericht
des Kollegen Lindensch enthält einen Vor-
wurf gegen mich, welchen ich ganz entschieden
zurückweisen muß. Daran, daß der Bericht
recht dürftig ausgefallen oder in mancher
Hinsicht zu wünschen übrig läßt, soll der
Vorgänger die Schuld tragen, natürlich in
Verbindung mit der unzureichenden Faul-
heit (?) der Kollegen. Das, was meine Auf-
gabe war, habe ich in mehrjähriger Thätig-
keit gethan, wer mit derselben nicht zufrieden
war, konnte mich auf der Konferenz in
Weißeln, an welcher Kollege Lindensch auch
Theil genommen, anzupfen. Um Schlüsse
des betreffenden Berichts wird gesagt:
„Stellt alle persönlichen Zwijigkeiten in den
Pintergrund.“ Ich weiß nicht, wo in Cheunitz
unter den Metallarbeitern persönliche
Zwijigkeiten ausgebrochen sind. Derartige
Berichte könnten leicht dazu führen, daß der
gesunde Sinn unserer Kollegen überwindet
auch solche „Wäggen“. Wer allen Menschen
recht gethan, Der streiche mich aus, und
schreibe sich an!

Carl Niemann,
früherer Verbandsmann.

Colbitz. Am 12. Dezember fand hier
die Generalversammlung des D. M. V. statt.
In die Ortsverwaltung wurden gewählt: als
Bevollmächtigter: Grenz; als Kassier:
Nahra; als Revisoren: Jurijka, Hartbräuer
und G. Themas. Da die Ortsverwaltung
sich nun nur in den Händen von Formieren
befindet, welche in der Aktienfabrik beschäftigt
sind, so gibt sich Schreiber dieses gewisser
Hoffnungen hin. Zeit wäre es auch, daß
mehr Arbeiter dieser Fabrik organisiert
würden. In „Verschiebenem“ wurde die
Zeitungspostage einer Kritik unterzogen,
jedoch eine Neuzeignung derselben oder Neu-
wahl von Korrespondenten der neuen Ortsver-
waltung überlassen. Zum Schluß wurde
der streikenden Kollegen in Lübeck und der
Hafenarbeiter Hamburgs gedacht, sowie von
mehreren Seiten zu einer regeren Agitation,
welche sich nach allen Seiten zu erstrecken
habe, gewahnt.

Eisenberg, S.-A. Auch wir sehen uns
genötigt, einmal die Spalten unseres Blattes
in Anspruch zu nehmen. Die Kollegen denken
sonst, wir sind ganz und gar eingeschlam-
mert. Dem ist aber nicht so, indem die Ge-
werkschaftsbewegung an hiesigen Orte eine
anstrebende ist. Das hiesige Gewerkschafts-
kartell umfaßt 350 Mitglieder, ohne die
hiesige Filiale des Zentralvereins der Feiger
und Maschineniker, welche es nicht nöthig
haben, es der modernen Arbeiterbewegung
anzuschließen. Als das hiesige Kartell ge-
gründet wurde, wurde auch der Verein der
Feiger und Maschineniker aufgefördert, dem-
selben beizutreten, was jedoch unthunlich ab-
gelehnt wurde mit der Begründung: der
Verein hätte derartige Bereinigungen nicht
beizutreten. Vor längerer Zeit hatte der ge-
nannte Verein einen Vortrag veranstaltet.
Der Referent betonte vor Allem, daß es sich
der Verein zur ersten Aufgabe gemacht habe,
seine Mitglieder in ihrem Beruf heranzu-
bilden und sich dem politischen „Umtrieb“
fernzuhalten. Nun, daß sich die Leute in
ihrem Beruf heranzubilden sollen, ist nicht zu

müßigen, jedoch meinen wir, wenn heute
eine Organisation ihren Zweck erfüllen soll,
ist es auch notwendig, daß die Mitglieder
über die heutigen wirtschaftlichen Verhält-
nisse aufgeklärt werden. In eine hiesige
Fabrik kam neulich ein Fremder. Der-
selbe ging erst zu einem Kollegen, von
welchem er, weil nicht im Verband, abge-
wiesen wurde, dann kam er auch zu Mit-
gliedern des F.-M. S. u. M., da wurde
er gefragt, ob er im Metallarbeiter-Verband
wäre, in diesem Falle bekäme er nichts, im
anderen Falle aber bekäme er was. Nebenbei
bemerkte war der Fremde ein Subjekt, welches
bei unseren Kollegen die verschiedensten Aus-
sichten machte bezüglich des Verbleibs seines
Verbandsbuches. Derartige Elemente zu
unterstützen finden diese Herren für zweck-
mäßig. Ihre Thätigkeit in der Organi-
sation haben sie also dadurch bewiesen, daß
sie nur diejenigen unterstützen, welche nicht
organisiert sind und sich eventuell zu Allem,
selbst als Streikbrecher gebrauchen lassen.
Ihre Solidarität haben diese Herren eben-
falls glänzend bewährt, indem ihre bisherigen
Verbindungen in einem von den Arbeitern
boykottierten Lokale (der alten Erholung) ab-
gehalten wurden. Also schwimmen die
Herren ganz im Hirsch-Dunder'schen Fahr-
wasser.

Groißsch. Am 12. Dezember fand eine
öffentliche Metallarbeiterversammlung statt,
in welcher Kollege Meusch aus Leipzig über
die deutsche Arbeiterbewegung unter Verück-
sichtigung der ausständigen Hamburger Hafen-
arbeiter sprach. Redner schilderte die Forde-
rungen der letzteren als gerecht. Eine dies-
bezügliche Resolution wurde angenommen,
worin sich die Versammelten verpflichteten,
pro Woche und Mann 25 M zu geben.
Kollege Hertwig erstattete Bericht über die
1/2stündige Mittagspause. Er fährt aus,
daß in der Werkstelle von Tiem und Tag
diese Pause jetzt eingeführt ist und fordert
er die Kollegen auf, daran fest zu halten.
Weiter gibt er bekannt, daß die Kollegen
in der Werkstelle von G. Stengler sich noch
nicht veranlaßt gefühlt haben, mit ihren
Kollegen Hand in Hand zu gehen. Auch mit
den Arbeitern der Metallwaaren-Fabrik von
Schmidt bestche noch keine Fühlung. In
der Diskussion sprachen sich einige Kollegen
dahin aus dafür zu wirken, daß in der
Stengler'schen Fabrik vom 1. Januar ab
die 1/2stündige Mittagspause eingeführt
wird.

Hamburg. In der am 12. Dezember
in Horn abgehaltenen öffentlichen Metall-
arbeiterversammlung referierte Genosse Sabath
über das Koalitionsrecht. Der zweite Punkt
war die Errichtung einer Filiale; dies wurde
einstimmig angenommen. In die provisorische
Verwaltung wurden gewählt: W. Lohow als
Bevollmächtigter, H. Worsbach als Kassier,
M. Grabow, M. Jacobi und J. Körner als
Revisoren.

Hamburg. Am 3. Dezember fand im
Lokale des Herrn Rauf eine öffentliche Me-
tallarbeiterversammlung statt mit der Tages-
ordnung: Die Kampfsmittel der Arbeiter
gegen den Kapitalismus. Genosse Hochrad
aus Berlin führte ungefähr Folgendes aus:
Diejenigen, die arbeiten, haben nichts; die
nicht arbeiten, Alles. Der Arbeiter kommt zur
Erkenntnis, daß er der Ernährer der ganzen
menschlichen Gesellschaft ist. Jedoch bekommt
er für seine anpöffernde Thätigkeit kaum so
viel, um sein Leben nothdürftig fristen zu
können, während die Kapitalisten von dem
zu Gold gemünzten Schweiß der Arbeiter
ein sorgenfreies und genüßreiches Leben
führen können. Das empört die Arbeiter,
dadurch entsteht der wirtschaftliche Kampf.
Doch sollten die Arbeiter die Macht der Or-
ganisation nicht verkennen. Viele Streiks
gehen verloren, weil die betreffenden Leute
nicht organisiert sind. Der Nationalökonom
Beut sagt: Eine Familie, bestehend aus
Mann, Frau und zwei Kindern muß 800 M
für ihren Lebensunterhalt haben, um sich
ausreichend ernähren zu können, jedoch ver-
bienen 70 Prozent aller Steuerzahler nur
700 M. In Folge dessen sind die Frauen
und Kinder gezwungen, verdienen zu helfen.
Das ist wieder ein Vortheil des Fabrikanten,
denn er bekommt dadurch billige Arbeits-
kräfte. Hier müssen die Arbeiter selbst Hand
anlegen, um andere Zustände zu schaffen.
Das kann nur durch die Organisation ge-
schehen. Auch die Metallarbeiter haben alle
Ursache, sich zu organisieren. Im Großbetrieb
der Metallindustrie sind 45000 jugendliche
Arbeiter und Frauen beschäftigt, rechnen wir
den Kleinbetrieb dazu, so beträgt die Zahl
der jugendlichen Arbeiter und Frauen circa
400000, die in der gesammten Metallindustrie
beschäftigt sind; dazu kommt das Heer der
ungerathenen Arbeiter. Dieser Umstand zeigt
uns, daß wir keinen besonders guten Stand
einnehmen. Die Arbeitszeit ist eine aus-
gezeichnete. Der Arbeitgeber merkt die gute
Geschäftszeit an seinem Geldbeutel, der Ar-
beiter merkt sie nur an den Ueberstunden, die
er dann machen muß. Wir fordern deswegen
Verkürzung der Arbeitszeit. Der Arbeiter
weiß, daß er durch Verkürzung der Arbeits-
zeit seine Gesundheit schon und sein Leben

verlängert. Diese Erkenntnis bringt auf eine höhere Lebensstufe. Es gibt ein Kampfmittel, das ist die Organisation. Wenn wir die nicht hätten, würden wir viel mehr ausgebeutet werden. Der Arbeiter kann stolz sein auf den Namen Arbeiter; Feindes kann jeder Strolch werden, aber mit Arbeiter. (Sehr richtig.) Es sollte ein jeder einer Organisation anschließen, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Eine solche Organisation ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Nachdem Redner die Vorteile und Leistungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes schildert, fordert er die Metallarbeiter Harbuz auf, alle dem D. M. A. beizutreten. Der Kampf zum Sieg! Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Heute im Mannischen Lokale tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt mit dem Referenten einverstanden, dass Metallarbeiter haben erkannt, dass sie einzeln nichts vermögen, die Unternehmungen sind bestrebt, die Metallarbeiter auf die tiefste Niveau herabzudrücken. Darum klärt die heutige Versammlung, dass die Metallarbeiter nur ihre Lage verbessern können, wenn sie fest zusammenstehen, dem Verbande Mitglieder beitreten und für deren beste Verwaltung Sorge tragen.“ — Bei Bescheidenes sprach sich Kollege S. dahin aus, dass es doch besser wäre, wenn sich die im Orte befindlichen kleinen Organisationen der Formner und Schmiede auflösen und alle Mann dem D. M. A. beitreten würden. Denn im Hinblick auf die festgeschlossene Organisation der Metallindustriellen wäre es für uns sehr von Vorteil, wenn auch wir als geschlossene Masse kämpfen können. Auch Kollege B. tritt warm für diesen Vorstoß ein und kritisiert zu gleicher Zeit die Verhältnisse in den verschiedenen Werkstätten. Nachdem noch ein Kollege die Vorteile des Metallarbeiterverbandes gegenüber dem der Formner und Schmiede hervorgehoben hat, wird der Antrag S. einstimmig angenommen, welcher lautet: Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat sich mit den Vätern des Formner- und Schmiedeverbandes am Orte in Verbindung zu setzen behufs gegenseitiger Aussprache über diese Frage. — Nachdem noch Kollege F. die alten Mitglieder ermahnt hat, unsere Versammlungen best zu besuchen, und uns mit Rath und That zur Seite zu stehen, da sie es gerade sind, auf die sich der Verband stützt, wird mit dem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung die gutbelustige Versammlung geschlossen.

Kalk 6. Köln. In der letzten Mitgliederversammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Hornath, Marxstr. 6, als Bevollmächtigter; Neucher, Baninstr. 4, als Kassierer; Klapper, Ufermanns-nd Hebben als Revisoren. Die Versammlungen finden von jetzt ab regelmäßig alle 1-2 Tage Abends 9 Uhr, bei Helfinger, Hauptstr. 117, statt. Hoffentlich werden von jetzt ab auch die Versammlungen besser besucht, damit wir auch im Stande sind, etwas zu erreichen. Die Löhne stehen hier im Allgemeinen schlechter als sonst. Viele tüchtige Arbeiter verlassen daher die Stadt, was für unsere Organisation von Nachtheil ist. Die Arbeitszeit wird vielfach überschritten. Auf dem größten Werke hier am Orte, „Hutbold“, sind mit die schlechtesten Arbeitsverhältnisse der ganzen Gegend. In allen Abtheilungen desselben wird jahraus jahrein von 3-8, 9, 10 oder 11 Uhr gearbeitet. Bei Lohnkürzungen in anderen Fabriken wird immer auf „Hutbold“ verwiesen, weil da die Folge der langen Arbeitszeit die Löhne an niedrigsten sind. In dem Werke sind viele Genossen beschäftigt, diese sind aber entweder zu faul, sich zu vereinigen oder dünkten sich — und das ist die Mehrzahl — für zu klug und gelehrt, um es für notwendig zu halten, dem Verbannde beizutreten. Trotz vieler schriftlichen und mündlichen Einladungen zur letzten Versammlung war von den 800 dort Beschäftigten keiner erschienen. Durch die Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Organisation erklären sich auch leicht die traurigen Parteiverhältnisse. Bei der Gewerkschaftswahl sind wir unterlegen, bei der Stadtrathswahl ist die Stimmzahl der Partei um 20 Proz. gesunken, bei der letzten Reichstagswahl war die Zahl von 865 im Jahre 1890 auf 850 zurückgegangen. Die Segner haben sich in der Zeit, wo die Unruhen sich — mit wenigen Ausnahmen — der Ruhe und stillen Selbstbeachtung ergaben, vorzüglich organisiert und bei Wahlen große Erfolge erzielt. Soll es bei uns in allen Beziehungen besser werden, dann müssen die Genossen dafür sorgen, dass auch unsere Gewerkschaften in die Höhe kommen, dass die Solidarität besser gepflegt wird und dass wir bald im Stande sind, in die überaus traurigen Arbeitsverhältnisse der hiesigen Fabriken regelnd einzugreifen.

Tollar. In der am 8. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung fiel der Vortrag des Genossen Garbe-Kassel aus. Hingegen hielt Kollege Dahmer aus Siegen einen längeren Vortrag über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde als

Bevollmächtigter Karl Deibel, Formner, mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt, ebenso Julius Volke, Formner, als Kassierer, und Heinrich Kaiser, Formner, als Schriftführer. In den weiteren zwei Revisions wurden Theodor Schmidt, Formner, und Heinrich Müller, Schlosser, ebenfalls mit Stimmenmehrheit gewählt. Die Gewählten erklärten, ihr Amt anzunehmen und gewissenhaft zu erfüllen. — Dann wurde von Kollege Heinrich Schmidt der Antrag gestellt, dass die Versammlung, welche bei der Befreiung des Gusses herrscht, in Wegfall kommen soll. Bisher wüßte der betreffende Formner seinen Guss selbst zusammenzuden und eventuell auch nachspülen, was fast eine Zeit gleich einem halben Tagelohn in Anspruch nahm. Es wurde beschlossen, drei Kollegen in die Kommission zu wählen und dem betreffenden Meister die Uebelstände zu unterbreiten und über die Erfolge in nächster Versammlung zu berichten. Die Versammlung wurde geschlossen mit dem Wunsche, dass die Kollegen in der Agitation nicht nachlassen möchten.

Ludwigshafen. In der Generalversammlung des D. M. A. vom 12. Dezember wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: Spengler Leiner als Bevollmächtigter, Spengler Aug. Friedrich als Kassierer, Schlosser Franz Gotthardt, Formner Aug. Seel und Feilenhauer Hans Wörle als Revisoren.

Münster i. W. Endlich sind auch wir in der Lage einen Fortschritt verzeichnen zu können, ist es doch den Bemühungen der hiesigen organisierten Arbeiterschaft gelungen ein Lokal zu „ergattern“, welches allen Anforderungen voll entspricht. Am 6. Dezember fand in demselben bereits eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher der Genosse König-Witten über Zeit- und Stilllohn referirte. Redner wurde seiner Aufgabe vollkommen gerecht, indem er in sehr sachlicher und leichtverständlicher Weise die Uebelstände und deren Folgen des Stilllohnes beleuchtete, wofür derselbe reichen Beifall erntete. In der hierauf folgenden Diskussion führte Genosse Dürren unter Anderem aus, dass die Lohnverhältnisse am Orte auch viel zu wünschen übrig lassen. Haben doch bereits zwanzigjährige Schlossergesellen in 11 Arbeitstagen (à 11 Stunden) ganze 11 Mk. in Akkord verdient. Trotzdem scheinen sich die hiesigen Metallarbeiter noch sehr wohl zu fühlen, da die Versammlung nur von ca. 100 Personen besucht war, darunter höchstens 1/3 Metallarbeiter. Man sieht hieraus, wie notwendig es ist, eine rege Agitation zu entfalten, um die noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen. — Des Weiteren können wir nicht umhin, die organisierten Arbeiter zu ersuchen, den Wirth unseres neuen Lokals, Herrn Th. Weppelemann, Germania-Theater, Warenvorwerkstraße, nach Kräften zu unterstützen.

Posen. In der letzten Mitgliederversammlung wurde Kollege P. Karger als Bevollmächtigter wiedergewählt, Kollege J. Bydowski als Kassierer und Kollege Schulz als Schriftführer. Die Adresse des Bevollmächtigten Paul Karger, an welchen auch alle schriftlichen Sendungen zu richten sind, ist: Posen-Wilda, Kronprinzenstr. 94, des Kassierers Josef Bydowski: Posen, Bergstraße 3, wo auch an Wochentagen von 8 Uhr Früh bis 6 Uhr Abends die Reiseunterstützung ausbezahlt wird, Sonntags von 11-12 Uhr im Verkehrslokal Wünsche in Posen, Wilda-Thor. Ferner wurde die Resolution des Kollegen Karger angenommen, sich durch Maßregelungen, welche grade jetzt im Anfang des Winters während der schlechtesten Geschäftszeit von den Herren Meistern in Szene gesetzt werden, nicht abrecken zu lassen, sondern sich fester zusammenzuschließen, um solchen Maßregelungen kräftiger als es jetzt geschehen kann, entgegenzutreten und die Rechte der Arbeiter zu wahren; ferner diesbezüglich zu agitieren, wo sich Gelegenheit bietet, um auch hier in Posen unter den Metallarbeitern einen Stamm zu bilden, damit den Herren Meistern bei ferneren Maßregelungen eine andere Antwort gegeben werden kann.

Spremberg. In der Fahrradfabrik von W. u. Ko. hier wurde im Januar d. J. ein Kollege als Schleifer und Polierer eingestellt. Nach ca. 6 Wochen wurde aber dem Kollegen eine lohnendere Stelle angeboten und kündigte er demzufolge 14 Tage vorher die Arbeit. Indessen wurde ihm dabei wieder zugeredet, ihm einige anscheinende Verbesserungen angeboten. Diese Verabredung wurde in einem Kontrakt schriftlich aufgesetzt und unterschrieben. Von diesem Kontrakt wurde aber dem Arbeiter vorläufig noch kein Exemplar übergeben, sondern ihm bedeutet, es werde in einigen Tagen geregelt, da augenblicklich wenig Zeit sei. Diese Regelung verzögerte sich aber, jedenfalls wegen „allzu großer Arbeitsüberbürdung“, von Woche zu Woche, bis im Juli die so allgemein üblichen Abzüge in Anwendung gebracht wurden (in Höhe bis zu 15 Prozent), welche zugleich auch die andern Arbeiter betrafen. Auf dringendes Ersuchen des betreffenden

Arbeiters wegen Einhängigung der Abschrift des Kontrakts wurde ihm bedeutet, daß er doch nirgends diese Preise bekomme, wie er sie hier selbst stelle (Kontraktliche Zustimmung) und daß er doch so wie so einen „schönen Lohn“ verdiene und doch auch nicht so hohlewangig aussehe. Diese Sache spitzte sich aber immer mehr zu. Da dem betreffenden Arbeiter vorige Woche abermals erhebliche Abzüge gemacht wurden, bestand er energisch auf Einhängigung des Kontrakts. Die Folge davon war, daß er plötzlich außer Arbeit gesetzt wurde mit dem Bedauern, daß dies nicht schon längst geschehen sei, trotz Kontraktlicher vierteljährlicher Kündigung. Das Vorhandensein dieses Kontrakts wurde aber nunmehr von der Firma in Abrede gestellt, trotzdem dem Arbeiter vorher bei seinem Drängen gesagt wurde, der Kontrakt sei ja da, und brauche er sich bei irgend einer Beschwerde nur an das Komptoir wenden. — Wir ersuchen den Zugug von Schleifern, Drehern und Schlossern fernzuhalten.

Schmölln. Es ist wirklich traurig, daß hier unter mindestens 100 Arbeitern der Metallbranche nur 10 dem Verbannde angehören und daß von diesen am vergangenen Sonntag nur, sage und schreibe, drei Mann zu unserer Zusammenkunft erschienen sind. Kollegen, wachet auf und kommt in die nächste Versammlung. Vereinzelt sind wir nichts, geschloffen aber eine Macht. Ich möchte überhaupt noch jedem Kollegen ans Herz legen, mit aller Kraft für den D. M. A. zu agitieren, bringe Jeder das nächste Mal einen neuen Kämpfer für unsere gerechte Sache mit.

Wandsbek. D. M. A. Versammlung am 9. Dezember bei Dänede, Sternstraße. Genosse Efftinge hielt einen Vortrag über den Streit der Hafenarbeiter und ermahnte die Mitglieder, sich in keiner Weise als Streikbrecher gebrauchen zu lassen. Schneider führte aus, daß hier in einer Fabrik sechs Mann entlassen worden, weil sie im Hamburger Hafen keine Kohlen löschten wollten. Folgende Resolution: „Die Zahlstelle Wandsbek erkennt es als ihre moralische Pflicht an, auf Sammelbogen pro Woche mindestens 1 Mk zu zeichnen“, wurde einstimmig angenommen. Sodann führte der Vorsitzende an, daß ein Genossengehler sich im Verbandslokale zu melden hätte, zwecks Regelung der Unterstützung. Dann wurden Hoffmann als Vorsitzender, Schulz als Kassierer, Böse, Trahan und Rammrath als Revisoren gewählt. Darauf berichtete der Kartelldelegirte Schneider von den Kartellversammlungen vom 28. November und 8. Dezember in ausführlicher Weise.

Wilhelmsburg. Versammlung am 5. Dezember im Lokale Konow. Mit Rücksicht auf die im Lokale des Herrn Enhr stattfindende Volksversammlung, welche sich mit dem Streit der Hafenarbeiter befaßte, wurde der Antrag angenommen, die Versammlung zu vertagen. Der Kassierer verlas hierauf die gesammte Abrechnung der Zahlstelle. Ferner erklärte der alte Vorstand, bis auf den Kassierer Hefe, sich bereit, sein Amt noch ein Jahr zu verwalten. Hefe gab die Erklärung ab, daß er sein Amt als Kassierer nicht behalten könne, da ein Gerücht im Umlauf sei, welches seine Ehre als Arbeiter tief verziehe. Redner sei als Streikbrecher geschildert worden; daß er aber in keinem Falle den Hafenarbeitern in den Rücken gefallen sei, beweise er dadurch, daß er als Maschinist auf dem bekannten Tabakspeicher, Kleiner Grassbrook, thätig sei. Dort habe er schon am vorigen Donnerstag die Arbeit eingestellt, auch sei er im Besitze einer Streikkarte. Auf Anregung der Mitglieder erklärte sich Hefe bereit, seinen Vertrauensposten noch bis zur nächsten Versammlung zu verwalten. Hierauf wurden die früheren Delegirten zum Gewerkschaftskartell wiedergewählt. Nachdem noch Holke zum zweiten Bevollmächtigten ernannt, erfolgte Schluß der stark besuchten Versammlung, worauf sich sämtliche Kollegen nach Enhr begaben, um den streikenden Hafenarbeitern ihre Sympathie auszudrücken.

Zürich. In Folge Maßregelungen (wegen Ungehörigkeit zur Metallarbeiter-Gewerkschaft, von der Firma Weltert u. Komp., Ofenfabrik in Sursee und Zürich, warnen wir hiewit alle Genossen (Hieser, Spengler, Schlosser, Hafner) dringend, dort in Arbeit zu treten.

Schlosser u. Maschinbauern.

Hamburg. D. M. A. Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinbauern. Mitgliederversammlung am 15. Dez. bei Hilmer. Zunächst erhält Meißner das Wort; er gibt einen Ueberblick über die Beschlässe und Verhandlungen des Gewerkschaftskartells und fordert im Anschluß hieran die Mitglieder auf, die Beschlässe streng zu befolgen, da es unsere Pflicht und Sduligkeit sei, die streikenden Hafenarbeiter und Seelente in ihrem Kampfe energisch zu unterstützen. Birner geht auf den Generalsireif der Hafenarbeiter und Seelente näher ein. Der Kampf ist jetzt mehr eine Nachfrage als Lohnfrage. Damit den

Kapitalisten ein Damm in diesem Kampfe entgegenzusetzen werde, ist seitens der Mitglieder erforderlich, daß sie zur Unterstützung der Unzufriedenen ihr Möglichstes beitragen. Im Anschluß hieran theilt der Bevollmächtigte Meißner mit, daß seitens des Sektionsvorstandes aus dem vorhandenen Vermögen 200 Mk bewilligt wurden, welche an das Zentralrevisionskomitee bereits abgeführt sind. Die Versammlung heißt dies Vorgehen einstimmig gut. Hiernach wurden die Wahlen zur Ortsverwaltung vorgenommen. Die Wahl eines I. Bevollmächtigten stößt auf Schwierigkeiten, da keiner der vorgeschlagenen Kollegen das Amt anzunehmen bereit ist. Nachdem Meißner, welcher in Folge voller Inanspruchnahme durch andere Geschäfte verhindert ist, diesen Posten weiterhin zu verwalten, hervorgehoben hatte, daß man doch Jemand wählen müsse, der mit den drücklichen Verhältnissen näher vertraut ist, erucht er Birner, das Amt anzunehmen. Letzterer erklärt sich schließlich zur Annahme bereit. Darauf wird Birner mit großer Majorität zum I. und Meißner zum 2. Bevollmächtigten gewählt. Eine rege Diskussion ruft ebenfalls die Wahl eines Kassierers hervor. Da Meißner bereits vor längerer Zeit den Kassierposten niedergulegen versucht hatte und auch heute energisch erklärt, man möge von seiner Wiederwahl absehen, da er diesen Posten nicht mehr versehen könne, auch die übrigen der vorgeschlagenen sämtlich verzögerten, so schien die Wahl eines Kassierers unklar zu werden. Nachdem Meißner so manches Vertrauensvotum erhalten, erklärt er sich schließlich doch mit der Voraussetzung, auf 1/2 Jahr, da er hofft, es würde sich schon ein zum Kassierer eignender Kollege finden, zur Wiederannahme bereit. Da sich kein Widerspruch erhebt, so wird Meißner wiedergewählt. In Revisionen werden an Stelle der anscheidenden Kollegen Haeber, Birner und Malter, (Letzterem ist in Folge Maßregelung eine weitere Thätigkeit vorläufig unmöglich gemacht), Naumann, Stahlbohm und Streit neu gewählt. Die Wahl von Bibliothekaren wird auf Vorschlag von Naumann bis zur nächsten Versammlung vertagt, da die Kollegen, welche bisher dieses Amt versehen, aber in der heutigen Versammlung nicht anwesend sind, zur Wiederannahme bereit sein würden. In Tharkontrollen werden Hauptz, Krause, Herber und Legler gewählt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Berlin. Am 29. November hielten die 3., 4., 5. und 6. Wahlabtheilung eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zweck derselben war: 1) Stellung zu nehmen zu den Ausführungen Deisingers in der Hamburger Mitgliederversammlung. 2) Den Mitgliedern vorzuführen, wie die Beschlässe der Generalversammlung seitens der Hauptverwaltung behandelt werden. Kollege Bredow erläuterte den Antrag Proskes-Dietrichsdorf (Protokoll S. 63/64), welcher besagt, daß kein Beamter der Hauptverwaltung gleichzeitig auch Beamter einer Filiale sein kann. Dieser Antrag ist von der letzten Generalversammlung gegen zwei Stimmen angenommen, irrtümlicherweise aber im Protokoll als abgelehnt bezeichnet. Trotzdem gleich nach Herausgabe des Protokolls die gewählten Delegirten der 3., 4., 5. und 6. Wahlabtheilung sich an die „Metallarbeiter-Zeitung“ und an den Vorstand wandten und dagegen protestirten, ist Alles beim Alten geblieben. Anfang Juli wurden die Adressenverzeichnisse verhandelt, und wir trauten unseren Augen kaum, als wieder bei Hamburg, innere Stadt, G. S. Brandt als Bevollmächtigter verzeichnet war. Auf eine Anfrage an den Vorstand, ob der pp. G. S. Brandt derselbe ist, der zur Zeit 2. Vorsitzender der Hauptverwaltung ist, wurde uns die Antwort zu Theil: nach § 25 unseres Statuts geht die Sache nicht uns, sondern den Ausschuss etwas an, im Uebrigen wurde uns mitgetheilt, daß der Vorstand seine Pflicht thut. Wir wandten uns an den Ausschuss beschwerdeführend. Von dort kam Bescheid, wir sollten nur noch Geduld haben. Nun, die hatten wir lange genug. Nachdem die heutige Versammlung annoncirt, bekommen wir vom Ausschuss den Bescheid, daß die Filiale Hamburg, innere Stadt, aufgefordert ist, unverzüglich eine Wahl des Bevollmächtigten vorzunehmen, resp. die Hauptverwaltung einen solchen zu ernennen habe. Bredow schildert nun die Mühen, welche es gekostet hat, den § 10 Absatz 6 des Statuts aus demselben zu entfernen; nur durch energisches Eingreifen der Mitglieder ist derselbe endlich gefallen. Ebenso müßten jetzt aber sämtliche Mitglieder energisch eintreten, daß derartige Zustände, wie in unserer Kasse, endlich aus der Welt geschafft werden, und empfiehlt er folgende Resolution: „In Anbetracht, daß sich die Verhältnisse in unserer Kasse (Hauptverwaltung einerseits und Generalversammlung

andererseits) derartig gestaltet haben, daß an ein gebellichsches Wirten bei der jetzigen Zusammenlegung des Vorstandes nicht zu erwarten ist, da sich derselbe in der horrendesten Weise über die Beschlüsse der Generalversammlung hinwegsetzt, so, sich sogar erlaubt, dieselben als eine „Machination“ Einzelner hinzustellen, andererseits die gerechten Forderungen der vereinten Vorstandsmitglieder Berlins und Umgegend mit Hohn beantwortet wurden oder gar nicht, sieht sich die heute am 29. November 1896 tagende Mitgliederversammlung sämtlicher Filialen Berlins und Umgegend veranlaßt, eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, welche die nötige Aufmerksamkeit auf die Handlungen des Vorstandes und Ausschusses hat, Material sammelt und bis zur nächsten Generalversammlung eine allgemeine Agitation entfaltet, welche bezweckt, Klarheit über die Hamburger Verhältnisse unter den Mitgliedern zu verbreiten.“ In der lebhaftesten Diskussion, an der sich die Kollegen Borgwardt, Stiller, E. Fahrenwald, Neumann, Schopack, Könnigs, Wode, Reimann, Warnst, A. Meyer, W. Fahrenwald beteiligten, wären alle für Annahme der Resolution und brachten verschiedene Redner noch mehrere traurige Zustände unserer Klasse zur Sprache. Nur der Kollege W. Fahrenwald wollte es den Hamburgern überlassen, zu wählen, wen sie wollen, und empuppte sich derselbe als Vertrauensperson vom Ausschuss und Vorstand, denn er war mit einem Brief vom Vorsitzenden und dem Ausschuss versehen, welcher zur Verlesung kam. Ebenso wußte derselbe, daß die Hamburger eine Versammlung zum 5. Dezember einberufen haben. Kollege A. Meyer erwähnt dem Vordner gegenüber, daß er seinerseits befrüht, der **Witzenträger** zwischen Hamburg und Berlin zu sein. Heute hätte er es selbst auf's Thätigste bestätigt; die Filiale II hatte recht, als sie dessen Wahl als Bevollmächtigten nicht wieder vornahm. Weiter wurden vom Redner noch einmal eingehend die Gründe klar gelegt, welche die Veranlassung zur heutigen Einberufung dieser Versammlung sind. Als die Generalversammlung vor Jahren die heutigen Leiter der Hauptverwaltung wählte, wähnte sie, daß man Demokraten wählte, aber als solche hätten sich dieselben in dieser Angelegenheit nicht betreten, und weist er die Behauptung Deisinger's in der Hamburger Mitglieder-Versammlung in Betreff „Machination“ gang energisch zurück. Nachdem noch Kollege Warnst sich gegen die Ausführungen mehrerer Redner in Betreff seines Antrages auf der letzten Generalversammlung (Verlängerung der Karenzzeit) gewandt und es als Pflicht der Berliner Delegierten bezeichnet, daß sie Ersatz schaffen für den Ausfall, den die Streikung des § 10 Abs. 6 verursacht, wünscht derselbe den Zusatz zur Resolution: „Doch sind wir ganz entschlossen gegen eine Einberufung einer neuen Generalversammlung.“ Die Resolution wird mit dem Zusatz Warnst einstimmig angenommen. In die Kommission wurden folgende Mitglieder gewählt: Reimann (Filiale VIII) Neumann (Filiale IX), Dresden (Filiale III), Staemann (Filiale II), E. Fahrenwald (Filiale II).

Litterarisches.

Die politische Polizei in Preußen. Bericht über die Verhandlungen im Prozeß Ledert — v. Lippow — v. Lausch. Nach stenographischen Aufnahmen. Mit Einleitung und Anhang. 96 Seiten Groß-Oktav. Preis 25 s. Porto 5 s. Buchhandlung Vorwärts, Reutischstraße 2, Berlin SW. Die Verhandlungen dieses hochwichtigen Prozesses sind von dauerndem Interesse; durch Beifügung des Anhangs, in welchem die fälschlich dem Auswärtigen Amt zugeschriebenen Artikel der „Kölnischen Zeitung“, „Mündener Neuesten Nachrichten“ usw. gegen die „Unverantwortlichen“ im Wortlaut zum Abdruck gelangen, ist der Bericht der Schrift noch erhöht worden.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgarter, J. D. B. Dietz Verlag) ist jedoch das 12. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die wahren Hintermänner — Die Schwaben im modernen Deutschland. Von August Bringmann, Zimmerer. — Zur Verstaatlichung des Medizinalwesens. Von H. Vogel. — Die Schwere-Zukunft der Filialen. Von Dr. Gustav Jäger. — Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1847. Von F. v. Strube. — Demission: Mitterprende. Von Axel Eckenbach. Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen. (Schluß.)

Bei **Gerhard Sühmann** in Dresden ist erschienen: **Kalender für Betriebsleiter** 1897, 2 Theile, davon Theil I in Gallico geb. 4 s., (in Briestafelband 4 s.), **Kalender für Maschinen-Jäger** 1897, 3 Theile, davon Theil I in Gallico geb. 4 s., (in Lederband 4 s.), in Briestafelband 4 s., **Deutscher**

Schlosser- u. Schmiede-Kalender 1897 in Gallico geb. 2 s., (in Briestafelband 4 s.). — Die sämtlichen Kalender sind (auch inhaltlich) vortrefflich ausgestattet, so daß sie Interessenten auf's Beste empfohlen werden können.

Zur Beachtung!

Wir ersuchen um strengste Beachtung des Folgenden:

1. Alle Berichte zu müssen mit schwarzer Tinte geschrieben werden.
2. Das Papier ist nur auf einer Seite zu beschreiben. Man setze die Zeilen mindestens 2 Centimeter weit von einander, um Korrektur- und Nachträge anbringen zu können und beschränke nur schmalks (ca. 10 Centimeter breit), leichtes Papier nicht die großen, schweren unförmigen Bögen.
3. Man schreibe alle Familien-, Orts- und Straßennamen deutlich.
4. Jede für den Vereins- oder Anzeigenteil bestimmte Notiz ist so zeitig abzugeben, daß sie, wenn sie in die nächste Nummer Aufnahme finden soll, spätestens am **Dinstag Vormittag** in unseren Händen ist. Später eintreffende Vereins- oder sonstige Anzeigen können nicht mehr aufgenommen werden. Auch sind dieselben auf ein besonderes Stück Papier zu schreiben. Auf keinen Fall sind sie auf die Rückseite eines Berichtes zu schreiben, da wir sie sonst wieder abschreiben müssen.
5. Bestellungen sind per Bestellkarte zu bewirken; ist eine solche nicht vorhanden, so sind sie auf besonderem Blatt Papier zu machen. Man sende sie so frühzeitig ab, daß sie spätestens am **Dinstag** eintreffen.
6. Man vermeide bei allen Berichten, Anzeigen u. die stets bestellte Eingangsformel: „Geehrte Redaktion ersuche ich um Aufnahme des Berichtes u.“, sondern setze stets nur Ort und Datum voran, weiter nichts.
7. Alle Berichte u. von Organisationen sind mit dem Stempel zu versehen.
8. Berichte und Anzeigen fasse man kurz.
9. Alle Sendungen sind ausreichend zu frankieren. Briefe über 15 Gr. schwer kosten 20 s.

Redaktion und Expedition.

Briefkasten.

H. Witten. Was ist nicht erinnerlich, das Eingelant erhalten zu haben.

Verbands-Anzeigen.

Zu jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Ashaffenburg. Sonntag, 3. Jan. 1897, Nachm. 2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Pöhrischen Hof“, Löbstr. 8. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Mitglieds- und Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Barmen. Am 2. Januar 1897, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hahn, Hühnerthalerstr. 19. — Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Versammlung die Karten der Arbeitslosen mitzubringen, auch sind die noch rückständigen Beiträge zu entrichten. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Karl Wilms, Altehr. 139.

Beiertheim-Pulach. Am 2. Januar, Generalversammlung. Wahl der Ortsbeamten. Nachmittags 6 Uhr.

Berlin. Bezirks-Versammlungen: **Wedding und Oranienburger Vorstadt.** Sonntag, 27. Dez., Nachm. 4 Uhr, im „Colberger Salon“, Colbergerstraße 23, großer Experimentalvortrag über: Die neuesten Erfindungen auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen-Photographie. Nachher Gesellschaftliches Beisammensein mit Tanz. Entree 25 s. — **Niedorf.** Dinstag, 5. Januar, Abds. halb 9 Uhr, in des „Victoriajalen“, Hermannstr. 49. Vortrag. — **S. O. Köpenicker Viertel.** Mittwoch, 6. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Manteberg, Trautenstr. 180. Vortrag. — **Wespa und Schöneberg.** Sonnabend, 9. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Döpp, Grunewaldstr. 1.0. Neuwahl der Bezirksleitung. Stellungnahme zur Generalversammlung. — **Grünau-Brickow.** Dinstag, 19. Januar, Abds. halb 9 Uhr, bei Seiler, Seidenstr. (Zinnw.). Neuwahl der Bezirksleitung. — **Zentrum und Rüdow.** Mittwoch, 2. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Lionskaffeehaus“ (Lionsstr.), Annenstr. 16. Vortrag. — **Wohlfühl.** Mittwoch, 2. Januar, Abds. halb 9 Uhr, bei Hoyer, Döppstr. 9. Vortrag über Elektrizität. — In allen Versammlungen Distrikten und Verbandsangelegenheiten.

Charlottenburg. Sonntag, 27. Dez., Nachm. 4 Uhr, in der „Gartrien-Bräuterei“, Wallstr. 24, Versammlung. Vortrag des Gelehrten Straube-Berlin über: **Freibriefs**

Weihnachten. — Nach der Versammlung Langfränschen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Cöln a. Rh. (Sektion der Klempner.) Jeden Mittwoch, Abds. 9 Uhr, bei Mebus, Rämmergasse 18, Mitglieder-Versammlung.

Cottbus. Sonnabend, 9. Jan., bei O. Lisch, Mitglieder-Versammlung. — Bevollmächtigter ist: G. Grenzins, Dreblauerstr. 116; Kassierer: W. Jurischka, Pharastraße 12.

Darmstadt. Sonntag, 3. Jan., Nachm. halb 4 Uhr, bei Kollege Müller, Wirtschaft zur „Altstadt“, Schuleng. 5, Generalversammlung. Nachmittagsbericht und Kassenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Düsseldorf. (Sektion der Dreher.) Montag, 28. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei E. Hodes, Kölnstr. 45, Mitglieder-Versammlung. — Räumliches Zahlen der Beiträge ist unbedingt erforderlich!

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 26. Dez., keine Versammlung. — Donnerstag, 24. Dez. (Weihnachtsabend), Abds. von 7 Uhr ab Weihnachtsfeier, mit Auszahlung des Weihnachtsgeschenkens an die durchreisenden Kollegen.

Halle a. S. Donnerstag, 31. Dezbr., Abds. 8 Uhr, im „Prinz Karl“, Ehlbestergasse mit Konzert, Theater und Ball. Zur Aufführung gelangen: Der Agitator. Laßalle in Polizeigewahrsam.

Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 2. Januar, Abds. halb 9 Uhr, General-Versammlung Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Köln. Samstag, 26. Dez., Nachm. 2 Uhr, in der „Sonne“, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

Künzberg. Am 2. Weihnachtsfeiertag findet unser Vergnügen bei Herrn Wösch, Nikolaifirg 2, statt.

Mühlhausen i. Elb. Die Versammlungen finden nunmehr am Sonntag statt. Die nächste am 3. Januar 1897 Nachm. 2 Uhr, in der Wirtschaft Rietzmüller, Ecke der Frankfurterstraße. — Reifegel zahlt Kav. Speer, Schleiferladen 5, von 12—1 Uhr aus. — Die Zentralherberge befindet sich im Gänshaus zur „Hoffnung“, Neunquartier a. G.

Muskau. Von jetzt ab werden die Beiträge jeden Sonntag in meiner Wohnung entgegengenommen.

Nennmühlen. Sonnabend, 2. Januar, 1897 Mitglieder-Versammlung bei Herr Först, Wellingdorf.

Nürnberg. (Allg.) Samstag, 9. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Herr J. Neuhofstr., Mitglieder-Versammlung. Vortrag: Die Gesichte der englischen Trades-Unions. Referent: Herr Vert. L. — Wohnungsveränderungen sind bei dem Bevollmächtigten Karl Bredner, Ludwig Feuerbachstr. 27, anzumelden.

Nürnberg. (Sektion der Glasner u. v. W.) Samstag, 2. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gold-Würfer“, Döbmannsplatz. Anträge zur Generalversammlung. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: L. Pröts, Rahm 30, II (Wösch).

Regensburg. Samstag, 9. Januar, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Mitter“.

Schramberg. Samstag, 2. Jan., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung. Kassenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Schwelm. Sonntag, 10. Januar 1897, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Karl Gönghaus.

Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M. V. werden ersucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

R a d r u f.

Nach langem Leiden verstarb unser langjähriges Mitglied, der Maschinist **Gustav Hilger**. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Verwaltungsstelle Nennmühlen.

Wir ersuchen um Mitteilung der Adresse des ehemaligen Feilenhauermeisters **Scholz** in Siegen, Burgstr. 19. Die Redaktion der „D. Met.-Arb.“

Gesucht ein tüchtiger Feilenhauer, welcher auch auf Schleifsteinen zu arbeiten weiß, bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung.

H. Geese, Barmen, Preis Holzminden.

Der Klempner **Heinrich Schnatmann** aus Brüssel wird um Angabe seiner Adresse ersucht resp. aufgefordert, seinen Verpflückung nachzukommen.

Verwaltung Neu-Ruppin.

W. Raffalski, Kassier, Friedrichsdenkstr. 21.

Warnung! An die Sektionen des D. M. V. Der Generalvorstand der Schweiz. Metallarbeiter hat in seiner Sitzung vom 9. D. den **Schlosser Oskar Grahl** aus Spiez, geb. 1856, wegen Unterdrückung von Seilgeldern aus dem Verband ausgeschlossen. Zur Erteilung näherer Auskunft für diesen Fall sind wir gerne bereit. Der Zentral-Vorb. d. Schweiz. Metall-Arbeiter. Sekretär: **Ludw. Presh**, Sulzmannstr. 36, Güttn IV.

Der Schlosser **A. Fred Grothe** aus Brandenburg, 23 Jahre alt, seit 5 1/2 Jahren auf der Wanderschaft, wird aufgefordert, seiner Mutter Nachricht von sich zu geben. Seine Arbeiter bitten wir, denselben hierauf aufmerksam zu machen oder selbst seinen Aufenthalt nach hier anzugeben. **Wm. Grothe, Brandenburg a. S., Blane-Str. 23.**

Ein **tüchtiger Feilenhauer**, auf alle Sorten vertraut, sucht dauernde Stellung. Offerten unter **M. B. S. 188** postlagernd Landsberg a. W.

Der **Werkler Eugen Tuber** aus Nürnberg wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder gelangen zu lassen. **Val. Simon, Forner, Nürnberg, Wunderburggasse 611.**

4 bis 6 **tüchtige Feilenhauer** auf sofort bei hohem Akkord für dauernd gesucht. **Hörnberger Feilenfabrik, Friedr. Max Herberg, Nürnberg-Gaishammer.**

Ein **tüchtiger Feilenhauer** auf große Arbeit gesucht. Dauernde Beschäftigung, guter Lohn. **Witz. Bern, Breeß i. Ostf.**

Suche per bald einen **tüchtigen Dreher** und solchen **Maschinenschlosser** für dauernde Arbeit. **Jos. Wolke, Maschinenfabrikant, Weiskasser, D. Lausitz.**

Suche sofort einen **ledigen Feilenhauer** auf Akkord oder Lohn. **Aug. Corgan, Luxemburg-Bahnhof, Mühlweg 56**

3 **tüchtige Feilenhauer** gesucht. **Karl Fuhr, Offenbach a. M.** Reflektanten wollen sich brieflich melden.

Einen **jüngeren soliden Feilenhauer** auf dauernde Arbeit sucht bei gutem Lohn sofort **Gustav Volk, Feilenhauer, Neue bei Samalkalden (Dänr.).**

Der beste **Caschen-Kalender** in der **Deutsche handwerker- und Arbeiter-Notizkalender.**

Preis nur 60 s. Aus dem Inhalt heben wir hervor: **Kalendarium** mit den protestantischen und katholischen Festtagen. — Die wichtigsten Vorschriften über den Militärdienst und das Erbschaftswesen (Restruktion, Angaben der Bestimmungen über Tauglichkeit, bedingte Tauglichkeit, dauernde Untauglichkeit usw. Höchst wichtig für Rekruten). — Von den Gewerbegerichten. (Wirkungskreis, Zusammensetzung der Gewerbegerichte, Verfahren bei den Gewerbegerichten). — Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. — Auswanderungswesen. — Post-Tarif. — Vergleichen-ende Tabelle verschiedener Geschwindigkeiten. — Metermaß im Fuß, Zoll u. der verschiedenen Länder. — Einmahne- und Ausgabe-Tabelle. — Multiplikations-Tabelle. Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Einzelne Exemplare gegen Einsendung von 70 s in Marken umgehend franco zu Diensten.

Woerlein & Comp., Verlagsbuchhandlung, Nürnberg.

Empfehle mich den Kollegen im Anfertigen von hochfeinem Formnerwerkzeug. **F. Seumeckenburger, Saue a. S. St. Ulrichstr. 36.**